



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

67. Sitzung (öffentlich)

22. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:30 Uhr bis 19:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Biologische Stationen in NRW (<i>PowerPoint-Präsentation s. Anlage</i>)	6
	Gast: Die Vorsitzende des Dachverbandes, Frau Birgit Beckers	
	– Wortbeiträge	
2	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)	21
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14700	
	Vorlage 17/5659 Vorlage 17/5722	

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Einführung durch die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

3 Tierschutz ernst nehmen – CO₂-Betäubung bei Schlachtschweinen endlich beenden

23

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11615

Ausschussprotokoll 17/1428 (Anhörung vom 12. Mai 2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/11615 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

4 Wo Naturschutz draufsteht, muss Naturschutz drin sein – keine Pestizide in Naturschutzgebieten!

27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12048

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14. Juni 2021)

In Verbindung mit:

Landschaft gestalten – mehr Artenvielfalt durch einen Verbund von Hecken und Feldgehölzen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12055

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14. Juni 2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/12048 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/12055 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

5 Sinnlose Zettelwirtschaft – Kassenbonnpflicht für Umwelt und Wirtschaft abschaffen! **34**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14060

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/14060 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

6 Wie stark sind in NRW Kleingewässer mit Pestiziden belastet? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) **35**

Vorlage 17/5512
Vorlage 17/5724

– Wortbeiträge

7 FFH-Klage der EU-Kommission: Welche Konsequenzen ergeben sich für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) **39**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5711

– wird nicht behandelt

8 Überwachung der Rahmenbetriebspläne für übertägige Abbaustätten von Lockergestein in NRW *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)* **40**Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5745

– Wortbeiträge

9 Wie plant die Landesregierung, die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) zu fördern? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)* **42**Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5727

– Wortbeiträge

10 Fragen zur Explosionsursache im Chempark weiterhin offen *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)* **43**Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5729

– Wortbeiträge

11 Boden- und Gewässerproben nach dem Hochwasser *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)* **48**Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5714

– Wortbeiträge

12 Preiskrise am Schweinemarkt *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)* **49**Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5728

– Wortbeiträge

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Dr. Patricia Peill begrüßt die Ausschussmitglieder zur 67. Sitzung des Ausschusses. Besonders begrüße sie auch die beiden Gäste, Frau Beckers und Frau Düssel, und heiße sie herzlich willkommen. Sie hätten den Weg bis Düsseldorf geschafft, zum Teil aus der tiefen Eifel. Frau Beckers werde gleich unter TOP 1 berichten.

Die Ministerin werde etwas später dazu kommen. Sie begrüße auch die Mitarbeiterinnen des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden herzlichst. Diese Sitzung werde wie immer als Livestream im Internet übertragen. Zur Tagesordnung gebe es zwei Änderungspunkte, die vorhin in der Obleuterunde besprochen worden seien. Zu Tagesordnungspunkt 5 werde es keine Debatte geben, Tagesordnungspunkt 7 werde auf die nächste Sitzung verschoben. Sie frage, ob es zur Tagesordnung noch weitere Wortmeldungen gebe. – Das sei nicht der Fall.

1 **Biologische Stationen in NRW** (PowerPoint-Präsentation s. Anlage)

Gast: Die Vorsitzende des Dachverbandes, Frau Birgit Beckers

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Meine Damen und Herren! Noch einmal herzlich willkommen. Ich danke auch Frau Beckers, dass sie uns die Präsentation vorab geschickt hat und würde Sie bitten, jetzt mit ihren Ausführungen zu beginnen.

Vorsitzende Birgit Beckers (Dachverband Biologische Stationen NRW): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, Frau Dr. Peill. Sehr geehrte Abgeordnete! Ich darf mich ganz herzlich im Namen aller Biologischen Stationen bedanken, dass wir heute hier die Möglichkeit haben, noch einmal das Thema „Biologische Stationen“ und ihre Arbeit vorzustellen. Das Thema „Biologische Stationen“ ist schon über 30 Jahre alt. Insofern ist es sicherlich gut, noch einmal einen Rückblick zu halten und zu gucken: Wo stehen wir mit den Biologischen Stationen?

(Frau Beckers berichtet unter Zuhilfenahme einer PowerPoint-Präsentation – vgl. **Anlage** zu diesem Protokoll.)

In der nächsten Folie sehen Sie einen Überblick über die Biologischen Stationen. Wir haben 40 Biologischen Stationen inzwischen in Nordrhein-Westfalen und nahezu ein flächendeckendes Netzwerk. Nur ein Kreis ist noch weiß, das ist der Kreis Olpe. Ansonsten gibt es in allen Kreisen Biologischen Stationen. Sie sind nach und nach gekommen. Daran sieht man auch, dass das Ganze ein Erfolgskonzept ist. Wir sehen auch, dass wir viele Anfragen haben aus anderen Bundesländern. Sie fragen: Wie macht ihr das? Wie seid Ihr organisiert? Wie finanziert? Aus vielen Bundesländern schaut man neidisch auf Nordrhein-Westfalen und möchte das gerne abkupfern.

Die nächste Folie zeigt einfach einen Überblick über alle Biologischen Stationen. Ich habe mir mal die Mühe gemacht, alle Logos rauszuholen. Sie sehen, wie vielfältig und wie bunt das Ganze ist. Das heißt, man kann nicht sagen, eine Biologische Station ist so organisiert, so strukturiert, arbeitet so, sondern jede Station hat vor Ort in ihrem regionalen Profil die Arbeitsfelder herausgearbeitet, zusammen mit den Örtlichen, die für diese Regionen maßgeblich und entscheidend sind.

Die Biologischen Stationen haben sich 2005 zusammengeschlossen zu einem Dachverband, der die Aufgabe hat, die Interessen der Biologischen Stationen auf Landesebene zu vertreten. Deswegen sitzen wir zwei heute hier. Ich bin die Vorsitzende des Dachverbandes der Biologischen Stationen, und Frau Düssel ist eine Beisitzerin. Wir sind ein ganz normaler e. V. mit einem Vorstand, jedes Jahr haben wir unsere Mitgliederversammlung. Der Vorstand wird gewählt, wie das typischer Weise in e. V.s so ist, und er wird von allen Biologischen Stationen getragen.

Welche Arbeiten machen die Biologischen Stationen? Wir haben einerseits die Förderrichtlinie Biologischen Stationen, die 2005 auf den Weg gebracht worden ist und die Förderung und Finanzierung der Biologischen Stationen maßgeblich regelt. In dieser Förderrichtlinie sind quasi 5 Säulen aufgeführt, die für diese Förderung oder die

Zuwendungen maßgeblich sind. Das eine ist die Schutzgebietenbetreuung, das andere der Vertragsnaturschutz, Artenschutz, beratende Aufgaben und Naturschutzbildung, Öffentlichkeitsarbeit, ein Bereich, der immer größer wird und immer mehr wächst. Lassen Sie mich die einzelnen Aufgaben kurz durchgehen.

Wir haben einerseits die Schutzgebietenbetreuung, sicherlich ein Kernarbeitsbereich fast aller Biologischen Stationen. Im Ballungsraum wird das etwas weniger, aber überwiegend ist das quasi der Kernbereich von Biologischen Stationen. Wir müssen wissen, was in der Tier und Pflanzenwelt passiert, um darauf reagieren zu können, auch wenn es Negativentwicklungen gibt. Wir arbeiten dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, dem LANUV zu, zu FFH-Berichten. Wir machen dort Artenmonitoring FFH, Lebensraumtypen-Monitoring. Wir beraten die Landwirte zum Vertragsnaturschutz innerhalb von Schutzgebieten, schließen dort auch die Verträge ab oder bereiten sie soweit vor, dass der jeweilige Kreis sie abschließen kann.

Wir etablieren geeignete Bewirtschaftungen mit den dort wirtschaftenden Landwirten zusammen, schauen, wie kann man sie etwas modifizieren, verbessern, naturschutzgerechter machen kann, sodass die Belange in dem Schutzgebiet und die Bewirtschaftungen konform sind, wir beraten die Bewirtschafter und ganz wichtig – das ist eine Kernaufgabe von uns –, wir gucken regelmäßig, was ist in dem Gebiet los? Die Bewirtschaftung der Flächen wird abgestimmt auf das aktuelle Geschehen der bewirtschaftungsrelevanten Arten. Ein Beispiel: Wenn ein Großer Brachvogel noch Küken führt, dann muss die Bewirtschaftung dieser Fläche noch etwas nach hinten gestellt werden. Wenn der schon früher fertig ist, dann kann der Landwirt auch schon früher als vereinbart mähen. Diese Flexibilität in der Bewirtschaftung von Flächen ist eine ganz elementare Arbeit der Biologischen Stationen, sodass beide etwas davon haben, die Natur und aber auch der Landwirt.

Weitere Maßnahmen in den Schutzgebietenbetreuungen sind, dass wir uns um kleine Pflegearbeiten kümmern, wir planen sehr viel. Wir machen Maßnahmen-Planungen und setzen die natürlich auch um, soweit es geht. Wir machen ungerne etwas für den Schreibtisch, für die Schublade, sondern wir wollen, dass in der Landschaft etwas passiert, damit die Natur viel davon hat. Wir haben gerade in den letzten zwei Jahren einen riesen Paket an Arbeit gehabt bei der Erstellung der FFH-Maßnahmenkonzepte. Das war ein Gewaltakt. Und wir machen natürlich sehr viel Öffentlichkeitsarbeit, Exkursionen Vorträge, schaffen Besucherinfrastruktur, auch ganz wichtig, um auch zu lenken in den Gebieten. Gerade in den letzten zwei Jahren mit der Pandemie haben wir gemerkt, was für ein Drang auch der Bevölkerung in die Schutzgebiete ist, und wie wichtig es ist, dass man dort ist und erläutern kann, aber auch sehen kann, dass die Leute nicht in Gebietsteile reingehen, die störepfindlich sind. Das war jetzt die Schutzgebietenbetreuung.

Ein weiteres sehr großes Arbeitsfeld ist der Vertragsnaturschutz, auch außerhalb von Schutzgebieten, sehr differenziert. Es gibt eine ganze Reihe Stationen, die das sehr intensiv machen, andere, die da eher beratend tätig sind. Aber viele Stationen werben selber Verträge ein. Sie gehen zu den Landwirten und bereiten quasi die Verträge vor, sodass sie unterschriftsreif sind, helfen also den Landwirten auch bei dem ganzen

bürokratischen Aufwand, sodass dann irgendwann der Vertrag an den Kreis gehen kann und von dort dann nur noch unterzeichnet werden muss, und es wird natürlich auch fachlich beraten. Uns ist ganz wichtig, noch einmal zu betonen, dass über unserer Arbeit vor allem auch die Familienbetriebe unterstützt werden, also die kleinen bäuerlichen Betriebe, denen es etwas schwerer fällt, mit dem Vertragsnaturschutz und mit den Antragstellungen zu Recht zu kommen, wobei man ihnen nochmals aufzeigen kann, dass es für sie auch betrieblich interessant ist, solche Verträge abzuschließen.

Seit einiger Zeit hat sich eine Kooperation entwickelt mit Biodiversitätsberatern der Landwirtschaftskammer. Da findet also eine Zusammenarbeit statt zwischen uns als denen, die die Flächen sehr gut kennen, die wissen, was auf den Flächen los ist, und einem Biodiversitätsberater der Landwirtschaftskammer, der vor allem betrieblich das Ganze sehr gut betrachten kann und einen sehr guten Zugang zu den Landwirten natürlich hat. Das heißt, diese Kombination hat sich in den letzten Jahren als sehr gut erwiesen, sodass auch wieder viel mehr Verträge abgeschlossen werden konnten, die fachlich sehr gut verankert sind. Uns unsere Erfahrungen helfen natürlich auch jedes Mal, das war gerade hinsichtlich der neuen GAP-Reform so, dass noch einmal geschaut wird, wie müssen die Verträge modifiziert werden aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre, um sie noch besser zu machen, sowohl für die Natur als auch für den Landwirt.

Der dritte große Block ist der Artenschutz. Da schauen wir natürlich auch bei bestimmten Arten, ich habe hier mal den Weißstorch genommen oder eine ganz seltene Pflanzenart, ist auch eine FFH-Art, der kriechende Sellerie oder die Spuren des Bibers. Die einen machen Freude wie der Weißstorch. Die Leute sind begeistert, wenn er sich ansiedelt. Wir helfen an vielen Stellen Leuten, Horste aufzustellen. Wir bekommen sehr viele Anrufe, wie man das macht. Andere machen etwas mehr Sorge, wie der Biber, der auch mal in Räume reingehen kann, wo er vielleicht nicht so gerne gesehen ist. Auch das ist unsere Aufgabe, dort Lösungen zu finden. Das gelingt in der Regel, sodass sowohl der Biber erhalten bleibt als auch der Eigentümer, der betroffen ist davon, am Ende zufrieden ist.

Dann gibt es das ganze Paket der Beratungen sowohl der Naturschutzbehörden als auch der Kommunen. Wir haben regelmäßigen Austausch mit den Unteren Naturschutzbehörden, den Höheren Naturschutzbehörden, den Gemeinden, aber auch mit den Landwirten, vor allem auch mit den Jägern und Anglern. Da gibt es keine Hemmschwelle, sondern die gehören natürlich mit in den ganzen Akteurskanon hinein. Ein ganz wesentlicher Punkt ist auch die Bevölkerung. Das Telefon klingelt sehr oft in der Geschäftsstelle der Biologischen Stationen, weil sehr viele Leute zum Beispiel einen verletzten Vogel finden oder sie finden ein Insekt und fragen, was das denn ist, und ein Foto wird geschickt. Wir beantworten, was das denn wohl ist. Oder aber sie haben Fragen dazu, wie gestalte ich meinen Garten usw.?

Sicherlich nicht unwichtig ist auch die Betreuung von Studenten bei ihren Bachelor- und Masterarbeiten oder auch Doktorarbeiten. Wir haben regelmäßig, fast ständig Praktikanten da, vielfach auch Studenten oder auch Schülerpraktikanten, die mal reinschnüffeln in die Arbeit einer Biologischen Station.

Der letzte große Arbeitsposten der Förderrichtlinie der Biologischen Stationen ist das Thema Naturschutzbildung, Öffentlichkeitsarbeit. Es ist ganz bewusst abgegrenzt worden zum Thema Umweltbildung. Es geht hier vor allem darum, Naturschutzbildung vorzunehmen. Das machen wir überwiegend durch öffentliche Exkursionen, die angeboten werden. Viele Gruppen fragen auch nach Angeboten von Exkursionen, Vorträge. Wir sind auch Ansprechpartner für die Politik, den Umweltausschuss des jeweiligen Kreises. Sie machen oft Bereisungen in Schutzgebiete, die wir betreuen, oder auch für Schulen, die immer wieder anfragen, sind wir Ansprechpartner. Teilweise haben unsere Biologischen Stationen auch Bildungseinrichtungen und sind Träger von denen. Aber auch da sind sie sehr unterschiedlich aufgestellt, zum Beispiel eine Biologische Stationen in Herne macht sehr viel Naturschutzbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Eine Station in den Landkreisen mit einem großen Kreis mit vielen Schutzgebieten, die machen dann natürlich verstärkt Schutzgebietsbetreuung.

Neben der Förderrichtlinie Biologische Stationen machten die Biologischen Stationen ganz viele andere Arbeit, und die möchte ich Ihnen auch vorstellen, weil die manchmal vielleicht etwas untergeht. Wir machen sehr viele Drittmittelprojekte. Bei einigen Stationen ist das vielleicht die Hälfte der Arbeit, bei anderen ein Viertel, bei anderen zwei Drittel, also sehr unterschiedlich. Und diese Drittmittel holen auch Geld in die Region. Die sorgen dafür, dass es zu einer regionalen Wertschöpfung kommt, weil die Mittel, die dort aufgeführt sind, an Unternehmer gehen für Erdbauarbeiten, an Unternehmen, die Zäune ziehen, die Gehölzarbeiten machen, die Beobachtungsstellen einrichten, bauen, d. h. Firmen vor Ort, die tatsächlich auch von diesen Geldern sehr stark profitieren.

Wir holen diese Mittel rein, einerseits durch die EU, durch ELER, LEADER, LIFE, EFRE, durch Stiftungen, durch Bundesmittel, Bundesprogramm biologische Vielfalt oder auch BFN-Projekte, durch Sponsoring und Spenden, eine ganze Bandbreite. Es ist, glaube ich, ganz wichtig, dass wir unterwegs sind, um zusätzliche Mittel für die Natur in NRW von Dritten zu besorgen und damit auch noch einmal für die Natur in NRW einen Schub zu bringen. Wir kooperieren natürlich sehr stark mit der NRW-Stiftung und betreuen unter anderem dort die Flächen des nationalen Naturerbes. Ich hatte eben gesagt, wir machen LIFE-Projekte selber in Trägerschaft oder kooperieren als Projektpartner.

Ich habe hier einfach mal drei Beispiele genommen: Das Projekt „Atlantische Sandlandschaften“, das ein Landesprojekt ist und wo die Biologischen Stationen in dem Fall über die Förderrichtlinie Biologische Stationen diesem Projekt zuarbeitet und es unterstützt, sodass die Maßnahmen auch gut umgesetzt werden. In der Mitte ist der Brachvogel, stellvertretend für das neue große LIFE-Projekt „Wiesenvogel in NRW“, auch ein Projekt des Landes in Projektleitung des LANUVs, der Vogelschutzwarde, wo sehr viele Biologische Stationen vor Ort die Arbeiten machen und die Maßnahmen umsetzen. Als Drittes, als ein Beispiel, auch in Fließgewässern oder auch in Wäldern werden LIFE-Projekte von Biologischen Stationen durchgeführt.

Ein weiterer wesentlicher Punkt sind Tourismus-Projekte. Wir gucken nicht nur auf die Natur, sondern wir schauen auch, wie können wir die Leute an die Natur heranführen? Wir machen Maßnahmen für das Naturerleben, schaffen Besucherinfrastrukturen. Ich habe Ihnen zwei Bilder mitgebracht, aber auch zum Beispiel über LEADER werden

zertifizierte Natur- und Landschaftsführer ausgebildet, die dann selber in die Natur gehen und die Bevölkerung führen. Es werden naturkundliche Ausstellungen, Besucherzentren errichtet. Wir kooperieren dort sehr viel mit den Tourismusagenturen vor Ort, damit dort eine gute Kooperation stattfindet.

Jetzt gehen wir noch einmal in die Fläche. Biologische Stationen sind oft auch landwirtschaftliche Betriebe. Sie halten Tiere, in dem Fall sind es Taurusrinder oder auch Schafe. Sie bewirtschaften und pflegen solche Flächen, die für den Landwirt nicht mehr interessant sind. Dort treten die Biologischen Stationen dann ein und pflegen diese Flächen mit der ganz normalen landwirtschaftlichen Förderung wie jeder andere Landwirt auch. Das muss man hier auch offen sagen. Aber es sind Flächen, die sich wirtschaftlich nicht mehr lohnen, die aber einen sehr hohen Naturschutzwert haben.

Nur noch ein Beispiel Obstwiesenschutz will ich nur ganz schnell anreißen. Auch das ist in vielen Biologischen Stationen eine wichtige Arbeit. Jetzt geht es um die Apfelernte, da kann man auch sehr viele Leute wieder begeistern, die dann zur Apfelernte dazu kommen. Einen Punkt, den ich noch einmal ansprechen möchte, sind Maßnahmen in Feldlandschaften, weil oftmals so gesagt wird, na ja Biologischen Stationen arbeiten in den Schutzgebieten im Grünland. Das ist bei Weitem nicht so, sondern viele Biologische Stationen arbeiten in den Feldlandschaften, machen dort auch Vertragsnaturschutz, machen verschiedenste Projekte. Das ist ein ganz wichtiger Bereich, weil gerade dort natürlich die Biodiversität im besonderen Maße kränkt und dort sehr viel an Maßnahmen erforderlich ist.

Aber wir gehen auch neue Methoden an. Ich habe hier vier Beispiele mitgebracht. Da könnte man noch viel mehr zu sagen. An der einen oder anderen Stelle, wenn man nicht weiter kommt, muss man auch neue Methoden anwenden. Bei Amphibien haben wir das gemerkt, hier oben links war die Knoblauchkröte, die sich nicht mehr ausbreiten kann, d. h. man muss durch eine Zwischenvermehrung, zumindest sind wir als Biostationen diesen Weg gegangen, neue Standorte schaffen, wo wir dann mit Kaulquappen oder Jungfröschen neue Gewässer beimpfen quasi und dort sich neue Populationen ansiedeln können. Das würden diese Arten nicht mehr von alleine schaffen.

Ich habe hier einen Heuballen, die Marktgutübertragung, ein ganz wichtiges Thema, was wir in der letzten Zeit häufig machen, um artenarme Grünländer artenreicher zu machen. Das heißt, wir knallen da nicht irgendeinen Samen drauf, sondern wir nehmen von sehr guten Grünlandflächen das Heu, wo der Samen auch noch mit drin ist und bringen das auf diese Flächen auf, sodass wir dann das (...) Material tatsächlich aufbringen.

Zwei ganz neue Sachen: Drohneneinsatz bei der Gelegesuche. Ja, wir arbeiten auch mit Drohnen. Wir versuchen, die Drohnen auch irgendwie zu finanzieren. Das Ministerium hat ja ein Förderprogramm für Drohnen für die Rehkitzsuche aufgelegt. In dem Fall müssen wir uns anderer Finanzmittel bedienen, aber das ist auch inzwischen ein ganz wichtiges Instrument, um gute Gelegesuche von Bodenbrütern zu realisieren. Ganz neu, es werden Vögel besendet, um mit diesen Informationen, die man von der Besendung gewinnt, guten Naturschutz auch für diese Arten zu machen und neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Zum Schluss ein paar Zusammenfassungen: Die Biologischen Stationen sind unverzichtbarer Bestandteil. Das sagen wir jetzt so ganz selbstbewusst, weil es wirklich so ist. Wir merken in den Regionen, dass wir oft angesprochen werden, wir eine bedeutende Rolle spielen. Wir monitoren und managen etwa zwei Drittel der Schutzgebiete, nicht alle, aber sowohl im Offenland als auch im Wald. Das finde ich auch noch einmal wichtig. Wir sind nicht nur im Offenland tätig, sondern sehr viel auch mit den Förstern im Wald. Wir machen diese Maßnahmenkonzepte für FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, arbeiten dem Land für den FFH-Bericht zu, d. h., das sind alles Tätigkeiten, die dem Land und den jeweiligen Kreisen dienen. Wir setzen landesweit auch den Vertragsnaturschutz um, machen mit den Landwirten als Partner eine naturschutzgereichte Bewirtschaftung und – ganz wichtig – sind in der Region verankert.

In der nächsten Folie „Mitarbeiter“ habe ich Ihnen nur noch einmal kurz aufgeführt, wie viele das bei uns in den Stationen sind, sowohl über FöBS finanziert, über Drittmittel, dann haben natürlich alle Stationen Bundesfreiwilligendienstler und ganz viele Ehrenamtliche.

Die nächste Folie habe ich „neue Aufgaben“ genannt. In den letzten Jahren sind wirklich große neue Aufgaben auf uns zugekommen. Insektenschutz ist Ihnen allen ein Begriff. Neue Arten habe ich dazu geschrieben „Wolf“, also nicht nur Biber, sondern auch „Wolf“. Auch dort werden wir häufig gefragt, vor allem auch an Wochenende, wenn sonst kaum einer zu erreichen ist und ein Wolfsriss ist. Ich weiß vom Kollegen, der gerade letzten Sonntag unterwegs war, dann muss er raus und gucken, ist auch erreichbar natürlich, Biodiversitätsschutz, Klimaschutz, ganz wichtiges Thema im Moment, was immer aus unserer Sicht zusammen gesehen werden muss, Umsetzung der neuen GAP. Wir haben die letzten zwei Jahre immer nur Ein-Jahres-Verträge gemacht für den Vertragsnaturschutz. Wir werden nächstes und übernächstes Jahr ein riesen Berg an Arbeit haben, um die Verträge, die auslaufen – und das sind jetzt sehr viele –, in die neue GAP zu überführen. Wir wissen noch nicht, wie wir das wirklich stemmen sollen. Ich hatte vorhin gesagt, wir machen ungern eine Planung für die Schublade. Wir möchten auch gerne die Maßnahmenkonzepte, die erarbeitet worden sind, umgesetzt sehen und umsetzen. Auch dafür benötigt es erstens viel Aufwand und vor allem viel Geld für die Maßnahmen.

„Rheinische Revier“, ein ganz neues Thema, wo wir auch gefragt sind und inzwischen uns einbringen. Für die Maßnahme und Ausschreibungen bedarf es unendlich viel Zeit, Mittel zu beschaffen, Ausschreibungen zu machen, Vergaben zu vermachen, all das tun wir.

Letzte Folie, die darf natürlich nicht fehlen. Die Probleme – und was wünschen wir uns? Dieses Jahr hat es uns echt kalt erwischt durch die Kürzung des Naturschutzetats. Das hat richtig durchgeschlagen, in der Fläche konnte kaum etwas gemacht werden, weil auch der Naturschutzetat um 14 % gekürzt worden ist, und bei einem so niedrigen Etat wirkt sich das dramatisch aus. Viele Dinge, die angedacht, die vorbereitet waren, konnten letztendlich nicht umgesetzt werden, und das merkt man dann in der Natur. Die Leute in den Biologischen Stationen machen viel, aber sie brauchen

auch die Rahmenbedingungen dafür, dass sie viel in der Landschaft tun können. Mittel, Budgets für Maßnahmen sind dafür einfach zwingend notwendig.

Zwei Punkte, die wir gerne noch einmal ansprechen möchten, die uns in der Arbeit sehr erschweren, das ist einerseits die nur jährliche Förderung. D. h., wir bekommen jedes Jahr einen neuen Zuwendungsbescheid, und wir wissen am Ende des Jahres noch nicht, wie hoch er ausfällt. Das heißt, jeder Unternehmer würde im Oktober die Mitarbeiter entlassen, weil er nicht weiß, ob er in drei Monaten Geld hat, um sie weiter zu beschäftigen. Wir tun das nicht. Wir haben Vertrauen in die Politik und die Verwaltungen.

Aber wir kriegen die Zuwendungen meistens erst, dieses Jahr war es, ich glaube, am 28. Dezember. Dann ist die Überraschung groß, wie hoch die Zuwendung ist. Das heißt, da hat man ein großes Risiko als Arbeitgeber. Wir wünschen uns – das ist eigentlich auch so angelegt –, dass man zum Beispiel eine mittelfristige Förderung, Dreijahresförderung bekommt, sodass man wenigstens eine mittelfristige Planung auch für die Mitarbeiter hat. Ein ganz großes Problem, das wir auch schon häufiger in den Ministerien angesprochen haben, ist, dass die Förderrichtlinie Biologischen Stationen alle 5 Jahre eine Anpassung der Höhe der sogenannten Verrechnungseinheit an die Inflationsrate vorsieht.

Sie wissen alle, die Inflationsrate liegt irgendwo bei 1,5 – 2 %, aber wir haben sehr viele Personalkosten. Die tariflichen Steigerungen der Personalkosten sehen ganz anders aus. Das heißt, wir kommen inzwischen in die Situation, dass wir unsere Leute nicht mehr, angelehnt an normale Tarife, bezahlen können und damit auch gerade junge Leute mit Familie teilweise inzwischen schon zu den Naturschutzbehörden wechseln, weil sie einfach mit dem Gehalt nicht mehr auskommen. Auch das ist eine Entwicklung, die uns immer mehr Sorgen macht. – Ich danke Ihnen für das Zuhören. Ich habe schon zwei, drei Wortmeldungen gesehen und freue mich auf die Diskussion, wobei Frau Düssel mich auch unterstützen wird.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank für Beckers, vielen Dank Frau Düssel für diesen sehr einprägsamen Vortrag. Sie haben uns gezeigt, was für ein unverzichtbarer Bestandteil Sie in NRW sind und wie sehr Sie in der Region verankert sind. Ich habe schon Fragesteller aufgeschrieben, Frau Winkelmann und Herrn Rüße, Herrn Haupt und Herrn Schneider. Bitte sehr, Frau Winkelmann.

Bianca Winkelmann (CDU): Herzlichen Dank für den umfassenden Bericht. Eigentlich haben Sie das, was ich fragen wollte, schon so ein bisschen in Ihrer letzten Folie vorweggenommen, denn ich hätte einfach die offene Frage gestellt: Was brauchen Sie in den nächsten Jahren? Was wünschen Sie sich auch aus dem politischen Bereich? Einen Punkt finde ich sehr interessant, dass die jährliche Förderung auf mindestens einen dreijährigen Zeitraum für die Sicherheit der Finanzierung der Biologischen Stationen dann möglicherweise ausgerichtet werden sollte.

Ich schließe vielleicht doch noch eine kurze Frage an. Die BNE-Mittel, wir haben das nachher unter einem anderen Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung auch noch

einmal, wurden in den vergangenen Jahren schon ziemlich erhöht. Können die Biologischen Stationen daran partizipieren? Ich weiß, bei mir in Minden-Lübbecke ist es nicht so, bei uns fließen die ins Moorhus. Da hat unsere Biostation leider nichts davon. Ist das landesweit ein Problem?

Vorsitzende Birgit Beckers (Dachverband Biologischer Stationen NRW): Ja, ist es. Dieses Ministerium hat entschieden, dass die BNE-Mittel nicht in die Biologischen Stationen fließen sollen. Das sieht die Förderrichtlinie so auch vor, leider. Natürlich machen einige Stationen auch Umweltbildung, dann anders finanziert, aber dann hat man daneben auch weitere Einrichtungen, die dann diese BNE-Mittel bekommen.

Norwich Rübe (GRÜNE): Ich bedanke mich auch erst einmal für den Vortrag und auch dafür, dass Sie einen Problemaufriss zum Schluss noch einmal gemacht haben. Ich wüsste ganz konkret von Ihnen – das Thema Artenvielfalt hat uns in dieser Legislatur hier im Landtag stark beschäftigt. Es ist draußen auch tatsächlich ein vorhandenes Problem. Sie sagen, die finanzielle Unterstützung könnte größer sein, Sie haben Kürzungen erlebt. Haben Sie denn als Dachverband einmal ausgerechnet, wie eine angemessene Förderung aussehen müsste. Gibt es da konkret Forderungen, in welcher Höhe der Zuschuss sein müsste? Der ist ja nach meiner Kenntnis jetzt über die Jahre relativ konstant geblieben.

Wir haben gleich den Punkt Haushalt noch einmal. Ich vergleiche das dann immer ganz gerne mit den Posten, was an die Landwirtschaftskammer geht, da haben wir eine deutliche Steigerung. Mich würde einfach mal interessieren, ob Sie da denn von sich aus Forderungen an das Ministerium auch einmal gestellt haben. Dann hätte ich konkret noch einmal eine Nachfrage, nämlich die beiden Säulen – das haben Sie selbst so am Beispiel der Biostation Herne erläutert, die ich auch kenne. Also die Frage, dass Sie im städtischen Raum einen höheren Anteil Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsarbeit haben und in den ländlichen Regionen ist es doch eher der Vertragsnaturschutz.

Nun ist die Kenntnis von Natur auch im ländlichen Raum nicht selbstverständlich. Da würde mich einfach interessieren, sehen Sie da perspektivisch eigentlich einen Bedarf, auch in ländlichen Räumen diesen Part zu verstärken? Dann noch einmal die Frage Verwaltungsaufwand Projekte. Das haben wir auch in anderen Bereichen. Stichwort LEADER, wo wir immer wieder gehört haben in der Vergangenheit, dass das unglaublich nervig ist. Da würde ich einfach gerne von Ihnen noch einmal hören: Was wünschen Sie sich da? Wie müsste das gestaltet sein? Wie viel Anteil Ihrer Arbeit macht das aus, diese Projekte zu beantragen und zu managen?

Vorsitzende Birgit Beckers (Dachverband Biologische Stationen NRW): Zu LEADER würde Frau Düssel antworten. Ich versuche, die ersten Fragen zu beantworten. Ich habe eben schon einmal aufgezeigt, dass es immer weiter wachsende Aufgaben gibt, z.B. das Rheinische Revier, um das man sich kümmern muss, jetzt neu Projekte dort einzustudieren und auch beratend tätig zu sein. Der Vertragsnaturschutz, der jetzt in den nächsten zwei Jahren ... Wir haben es einmal ausgerechnet, wie viele zusätzliche

Verrechnungseinheiten man wirklich bräuchte, damit in den nächsten zwei Jahren mit jedem Landwirt, dessen Vertrag ausläuft, nach einer guten Beratung ein neuer Vertrag abgeschlossen werden kann. Das sind große Zahlen. Wir haben etwas dazu bekommen, aber auch wieder nur jährlich. Dort, wo die Landwirtschaftskammer Biodiversitätsberater hat, bekommen wir jetzt 300 Stunden mehr bezahlt, um mit ihm zu kooperieren und naturschutzfachlich quasi den Berater zu beraten.

Da kommt ein bisschen was, aber genau jetzt in den letzten Jahren sind sehr viele Aufgaben dazugekommen – Insektenschutz, Klimaschutz, Biodiversitätsschutz, wo auch sehr viele Kommunen an uns herantreten und auch Unterstützung haben möchten. Das ist nicht abgebildet. Das ist das Eine. Das andere sind die Mittel, die wir für die Entwicklung der Schutzgebiete benötigen. Wir sind gerade dabei, noch einmal zu recherchieren, was denn die Umsetzung der Maßnahmenkonzepte, der FFH-Gebiete finanziell bedeuten würde. Die ersten Probenkalkulationen für erste Gebiete haben wir gemacht. Dort kommt heraus: Das hängt natürlich sehr viel davon ab, ob man Flächenerwerb dabei hat oder nicht. Aber man kann davon ausgehen, dass man 3, 4, 5 Millionen Euro pro FFH-Gebiet benötigt, um es in einem guten Erhaltungszustand zu bringen. Das sind große Summen, sodass, wenn man jetzt startet, man sicherlich auch viele Jahre benötigt, um das Ziel zu erreichen, aber man muss jetzt anfangen. Mit den 36, 37 Millionen Euro kommen wir nicht weit.

Kurz zum Aufwand: Ich will es beispielhaft machen an dem Förderinstrument ELER, investive Maßnahmen. Wir haben ja die Vorgabe, dass wir reine Landesmittel für Maßnahmen nur dann nutzen dürfen, wenn sie nicht über die ELER-Förderung finanzierbar sind. Das heißt, wir müssen sehr viele Maßnahmen über ELER machen mit einem großen Verwaltungsaufwand. Das heißt, wir müssen erst einmal einen Antrag stellen, dazu müssen wir eine Preisermittlung bei Firmen machen, ohne dass wir denen sagen können, wir machen auch tatsächlich eine Ausschreibung. Wir machen eine Preisermittlung, stellen einen Förderantrag. Drei, vier Monate später bekommen wir vielleicht die Zuwendung dafür.

Dann gehen wir in eine Ausschreibung rein. Das heißt, wir gehen noch einmal wieder an die Betriebe ran. Zu unserem Antrag – auch das macht alles Arbeit – müssen wir jedes Mal unser Vereinsregister beilegen, jedes Mal unseren Steuerbescheid beilegen, zu jedem Antrag, und ich mache jedes Jahr 7, 8 ELER-Anträge. Also wir machen relativ viel damit. Wir müssen ja alles vorfinanzieren, d. h. wir können auch nicht unendlich viel über ELER umsetzen, weil wir keine großen Rücklagen machen dürfen. Wir müssen aber das Ganze vorfinanzieren. Das heißt, irgendwo muss das Geld herkommen. Das heißt, mehr als 50.000 Euro, 60.000 Euro, 70.000 Euro im Jahr können wir gar nicht umsetzen.

Zu jedem Förderantrag, warum auch immer, müssen wir uns eine Bescheinigung beim Finanzamt holen, dass wir nicht steuervorabzugsfähig sind. Da reicht es nicht, einmal im Jahr das zu machen, sondern zu jedem Antrag. Alleine das zeigt einen enormen Verwaltungsaufwand, den man machen muss, um dann eine Förderung zu bekommen, um auf Landesflächenmaßnahmen umzusetzen. Das heißt, das sind Mittel, die dazu dienen, Landesflächen zu entwickeln mit einem enormen bürokratischen Aufwand.

Heidrun Düssel (Dachverband Biologische Stationen NRW): Ich würde das gerne kurz ergänzen, um die Frage nach LEADER. Wir haben bei uns im Kreis 3 LEADER-Regionen und sind zum Beispiel auch in allen drei LEADER-Regionen mit Projekten aktiv. Aber bei LEADER trifft im Prinzip voll das gleiche zu, was Frau Beckers gerade schon dargestellt hat, wobei es ist fast so, dass man sagt, LEADER toppt das noch. Der administrative Aufwand zur Umsetzung von LEADER ist aus meiner Sicht immens, also wir haben andere große Projekte, andere große Förderprogramme wie LIFE, die nicht einen solch großen Aufwand haben wie LEADER.

Das liegt einfach daran, auch dort muss man erst Preisabfragen machen, um überhaupt einen Antrag stellen zu können. Wir müssen alles vorfinanzieren. Das ist das selbe wie bei ELER. Was auch immer ein großes Problem darstellt, LEADER ist sozusagen etwas arrhythmisch in der Jährlichkeit. Wir rechnen natürlich immer im Haushaltsjahr, und das endet bei uns am 31.12., bei LEADER endet es am 30.09. des Jahres. Das heißt, wir sind im Prinzip gezwungen, unterjährig dann immer noch einmal einen Schnitt zu machen, was für uns den administrativen Aufwand noch einmal deutlich erhöht. Das ist deshalb schade, weil gerade LEADER dieses Bottom-up-Prinzip beinhaltet, und das ist ja auch ein Förderbaustein, der auch kleinere Projekte fördern soll, der die Menschen aus der Region mitnehmen soll. Da ist das ein großer Stolperstein, wenn man diesen administrativen Aufwand so gigantisch gestaltet. Und wir als Biostationen sind erfahren im Fördergeschäft. Das schreckt sicherlich viele ab, die nicht diese Erfahrung haben, denn selbst wir stoßen da oft an die Grenze.

Vorsitzende Birgit Beckers (Dachverband Biologische Stationen NRW): Vielleicht noch kurz zur Naturbildung. Ich möchte kurz noch auf Herrn Rüsse antworten. Dadurch, dass in Herne sehr viel Naturbildung gemacht wird, heißt es nicht, dass das im ländlichen Raum nicht passiert. Da passiert es natürlich auch, aber in etwas reduziertem Umfang. Alle Anfragen, die bei uns ankommen, werden natürlich bedient.

Stephan Haupt (FDP): Ja, von meiner Seite aus erst einmal vielen Dank für Ihren wirklich erkenntnisreichen Vortrag. Zwei, drei Fragen hätte ich noch, und zwar haben wir ja festgestellt oder wissen wir alle, NRW ist ein sehr heterogenes Land. Sie sind auch drauf eingegangen und haben gesagt, die Schwerpunktsetzung ist überall unterschiedlich. Vielleicht können Sie noch einmal kurz erläutern, wer legt wie mit wem die Schwerpunktsetzung fest? Das passiert eigentlich nur jährlich, wenn ich das richtig verstehe, aufgrund des Budgets? Oder wie machen Sie das, und mit wem machen Sie das?

Dann sprachen Sie den Vertragsnaturschutz an und die Betreuung mit den Landwirten. Ich komme jetzt vom Niederrhein. Ich weiß, dass der Grad zwischen Beratung und Bevormundung immer sehr schmal ist. Manchmal gelingt der auch nicht wirklich, muss ich sagen. Zumindest war das mal in der Vergangenheit der Fall. Wie stellen Sie die Zusammenarbeit mit den Landwirten und die Beratung sicher? Und was machen Sie, wenn die Beratung keinen Erfolg hat? Welche Maßnahmen leiten Sie dann ein?

Dann hätte ich noch eine Frage zum Personal. Ich finde es wirklich phänomenal, Sie sagten gerade, Sie hätten 200 Festangestellte, 1.500 Ehrenamtler. Ich möchte jetzt niemandem in der öffentlichen Verwaltung zu nahe treten, zumal ich dort selber beschäftigt bin, aber die 200 Mitarbeiter brauchen viele Verwaltungen oder Sonstiges, um 1.500 Mitarbeiter erst einmal nur zu koordinieren. Die arbeiten dann aber nicht selber mit. Das finde ich schon wirklich sehr phänomenal. Können Sie etwas zur Ausbildung Ihres Personals sagen, also was hat Ihr Personal grundsätzlich für eine Ausbildung von ... bis?

Die letzte Frage, die ich hätte, zielt ein bisschen auf das, was Herr Rüße auch schon sagte, zum Gesamtbudget. Was haben wir eigentlich jetzt für ein Gesamtbudget? Was haben wir für ein Soll, was haben für ein Ist? Was haben wir für einen Wunsch? Und Sie haben verschiedenste Finanzierungsmöglichkeiten. Ich meine, die Landschaftsverbände, zumindest der Landschaftsverband Rheinland unterstützt Sie ja auch. Was wäre auch Ihre Wunschfinanzierung? Jetzt müssen Sie sich aus verschiedenen Töpfen finanzieren. Das haben Sie auch gerade gesagt. Sie müssen die ELER-Mittel beantragen, was auch viel Verwaltungsaufwand ist. Was wäre eigentlich Ihr Wunsch? Wie müssten Sie finanziert werden? In welcher Höhe müssten Sie finanziert werden? Also wünschen kann man sich ja immer vieles. Dann können wir als Politik gucken, ob wir es vielleicht möglich machen können.

Vorsitzende Birgit Beckers (Dachverband Biologische Stationen NRW): Ich fange mal mit der Schwerpunktbildung an. Die Schwerpunktbildung ist quasi 2005, 2006 oder noch früher bei der Gründung der jeweiligen Biologischen Stationen entstanden. In den Flächenkreisen gehen viele schwerpunktmäßig in die Schutzgebietsbetreuung. Beim Vertragsnaturschutz war den Kreisen es einmal freigestellt worden zu entscheiden: Möchten Sie den Vertragsnaturschutz selber organisieren und abwickeln, oder soll es die jeweilige Biostation machen? Und daraus hat sich dann auch dieser Schwerpunkt in einigen Kreisen ergeben wie in Düren. Bei uns in Soest hat der Kreis entschieden, ich mache es selber. Wir machen nur eine fachliche Beratung. Es ist sehr unterschiedlich. In unserem Nachbarkreis, dem Hochsauerlandkreis, da macht es die Station wieder. In Siegen-Wittgenstein macht es auch die Station. So unterschiedlich ist das quasi gewachsen, häufig natürlich abgestimmt mit der jeweiligen Naturschutzbehörde, sowohl der unteren als auch der höheren, weil natürlich die höhere mit am Tisch sitzt, weil sie die Landesmittel verwaltet.

Ausbildung: schwerpunktmäßig Akademiker, Biologen, Landschaftsökologen, auch Landwirte oder aus dem landwirtschaftlichen Bereich auch immer wieder mal, quasi aus dem Galabau jemand, um die Pflegearbeiten zu koordinieren, um die Bundesfreiwilligendienstler anzulernen und anzuleiten. Also auch dort gibt es eine relativ große Bandbreite. Wir haben auch in einigen Stationen Forstwirte, auch das gibt es. Das hängt auch wieder immer von der Schwerpunktsetzung ab, aber überwiegend im akademischen Bereich und dann etwas untergeordnet auch im praktischen Bereich, weil man auch für die FSJler, BFDler jemanden braucht, der sich um die kümmert.

Die Ehrenamtler: Wir sind Anlaufstellen quasi für viele Ehrenamtliche, und wir sind quasi so etwas wie ein Dienstleister, wir organisieren Arbeitsgruppen aus dem Ehrenamt heraus. Wir stellen unsere Infrastruktur, mit Räumlichkeiten, mit EDV zur Verfügung, damit sich Ehrenamtliche auch auf das konzentrieren können, was ihnen Spaß macht, nämlich rauszugehen, was sie auch tun sollen.

Heidrun Düssel (Dachverband Biologische Stationen NRW): Ich würde noch etwas gerne zum Vertragsnaturschutz Ihnen antworten, möchte es aber kurz ergänzen mit den Ehrenamtlern, um so ein Beispiel zu nennen. Wir machen für das Land regelmäßig FFH-Monitoring beim Biber. Das heißt, man muss rausgehen und schauen, wie hat er sich in der Landschaft ausgebreitet. Und das machen wir zum Beispiel mit den Ehrenamtlern. Dann kommen so 40, 50 Ehrenamtler, die Spaß an diesem Tier haben, und gehen in den Bereichen, die sie sich auswählen, an Flüssen entlang, an Bächen entlang und notieren einfach nach dem standardisierten Verfahren: Wo kommt der Biber vor, wo sind Fraßspuren etc.? Das ist die Art auch der Einbindung der Ehrenamtler.

Zum Vertragsnaturschutz: Sie wissen es, Vertragsnaturschutz oder die Kulturlandschaftsprogramme sind ein Angebot an die Landwirtschaft, und genau so wird es auch gehandhabt, bei uns ist es auf alle Fälle so. Ich gehe auch davon aus, dass es in allen Biostationen so verläuft. Es ist eine Angebotsgeschichte, man geht zu dem Landwirt hin, oder der Landwirt kommt zu uns.

Es ist sogar häufiger bei uns so, dass die Landwirtschaft zu uns kommt, einfach deshalb, weil entweder bestimmte Grenzertragsstandorte im Rahmen des Vertragsnaturschutzes zukünftig bewirtschaftet werden sollen oder weil es sich herumgesprochen hat in der Landwirtschaft, dass diese Möglichkeiten gibt, Vertragsschutz zu machen. Wir erleben es insbesondere in der Bördelandschaft, in den Ackerlandschaften, dass da der Vertragsnaturschutz in den letzten Jahren wirklich Fahrt aufgenommen hat, einfach deshalb, weil die Ausgleichszahlungen dem entsprechen, was die Landwirte sich wünschen. Wir hoffen natürlich auch sehr darauf, dass es auch mit der neuen Förderrichtlinie so bleibt. Frau Beckers hatte es eben schon angedeutet: Die gute Kooperation, die es mit den Biodiversitätsberatern gibt, die von der Landwirtschaftskammer auch mit uns zusammen bei den landwirtschaftlichen Betrieben aktiv sind, führt dazu, dass ein immer größeres Interesse auch besteht an diesem Thema.

Ich glaube, die Zahlen landesweit sprechen dafür, dass dieses Angebot Vertragsnaturschutz etwas ist, was für viele Landwirte attraktiv ist. Aber natürlich gibt es auch Landwirte, für die es nicht attraktiv ist, aus welchen Erwägungen auch immer. Manche sagen, 5 Jahre sind mir zu wenig. Andere sagen, 5 Jahre Vertrag sind mir zu viel. Dann bleibt es dabei, es ist eine Freiwilligkeit. Wenn das nicht erfolgt, wenn dann kein Vertragsabschluss zu stande kommt, dann ist das so.

René Schneider (SPD): Auch von Seiten der SPD-Fraktion vielen herzlichen Dank, Frau Beckers, Frau Düssel für diesen Bericht. Ich kann nahtlos weitermachen beim Vertragsnaturschutz. Da haben Sie mir schon die eine oder andere Frage beantwortet, nämlich nach der Tendenz. Denn wir fragen uns, welchen Stellenwert der Vertrags-

naturschutz, erst einmal positiv gefragt, tatsächlich bei den Landwirtinnen und Landwirten haben kann. In einer multifunktionalen Landwirtschaft kann das auch so etwas werden wie eine Säule, wie eine Ertragssäule, auf der letzten Endes der ganze Beruf des Landwirtes auch fußen könnte. Wie schätzen Sie das ein von Ihrer Seite?

Ich habe eine zweite Frage, die sich auf Ihre Beratungstätigkeiten bezieht. Da sind Sie auf der einen Seite – ich sage es extra einmal so pointiert – als Naturschützerin und Naturschützer, und auf der sogenannten anderen Seite finden wir Wolfsgeschädigte, – das sagte uns gerade Frau Beckers –, die man nach dem Wolfsriss beraten muss bzw. man muss es begutachten. Sie haben mit der Landwirtschaft zu tun, mit der Jägerschaft, wo man vermeintlich sagt, da stehen sich – ich will nicht sagen – Gegner gegenüber, aber schon Menschen mit einer unterschiedlichen Perspektive auf die Frage Natur.

Können Sie uns da ein Stück weit so eine aktuelle Situation schildern, wie das ist. Ist es unversöhnlicher geworden, ist es besser geworden? Ist es kooperativer geworden? Kann man das gar nicht über alle Beratungstätigkeiten sagen? Wie ist tatsächlich die Lage vor Ort? Gibt es diese Diskrepanz zwischen Naturschützerinnen und Naturschützern auf der einen Seite und beispielsweise LandwirtInnen auf der anderen Seite? Oder ist das längst nicht so, wie es teilweise kolportiert wird? Da würde uns noch einmal so Ihr Erleben aus dem Alltag heraus interessieren.

Heidrun Düssel (Dachverband Biologische Stationen NRW): Für uns ist das so, um erst einmal auf die Frage, Tendenz Vertragsnaturschutz, einzugehen. Es ist tatsächlich so, die Zahlen steigen jährlich. Es ist ein sehr erfolgreiches Modell, landesweit möchte ich sagen. Wir machen das ja schon viele Jahrzehnte. Das heißt, das ist ja auch eine gewachsene Kooperation, das ist ja nichts, bei dem wir plötzlich in die Landschaft gekommen sind und gesagt haben, so jetzt. Es ist über die Jahrzehnte gewachsen, und wir machen 30, 40 Jahre mittlerweile Vertragsnaturschutz. Natürlich gibt es auch immer mal einen Konflikt, der in der Fläche nicht zu lösen ist. Aber so ist das immer in der Gesellschaft, dass es Konflikte gibt.

Im Grundsatz ist es so, wir kommen mit einem Angebot. Der Landwirt hat die Möglichkeit, sich zu überlegen, ob er dieses Angebot annimmt oder nicht. Nur dann kommen der Kreis und der Landwirt zu einem Vertragsabschluss, wenn es für beide eine Win-win-Situation bedeutet. Daran, dass die Zahlen steigen, sieht man sehr gut, dass diese Win-win-Situation sehr oft gegeben ist. Und es ist so, das ist meine Erfahrung mit der Landwirtschaft – die Landwirte sind ja auch nicht homogen, sondern auch in der Landwirtschaft ist es, so wie es in der gesamten Gesellschaft im Augenblick stattfindet, ein Bedürfnis, auch mehr für die Natur zu tun. Ich erlebe es so, dass dieses Bedürfnis genauso in der Landwirtschaft gestiegen ist, wie es in der gesamten Gesellschaft gestiegen ist. Ich würde das gar nicht separieren wollen.

Die andere Frage war die Frage nach Konflikten? Wie man das löst? Natürlich gibt es Konflikte. Das ist ja das Schöne in einer Biostation, wir sind genau so angelegt, dass wir diesen kooperativen Ansatz haben. Wenn es einen Konflikt gibt, oder ein Konflikt droht, dann haben wir die Chance – wir sind regional verankerte Institutionen –, wir

sprechen mit den Menschen und wir versuchen natürlich, die Menschen genau da abzuholen, wo sie in dem Augenblick sind. Für mich ist der Biber immer so ein schönes Beispiel. Es gibt Anrufer, die rufen bei uns an und die hängen wirklich an der Decke, weil sie sehr echauffiert sind, weil beispielsweise der Biber die Thuja-Hecke angenagt hat, ganz klassisch. Natürlich ist der Mensch betroffen, der dort am Telefon ist. Gut, dann könnte man natürlich auch sagen, Pech, wild lebendes Tier, gucken Sie doch mal. Aber so handeln wir ja nicht, sondern was mir machen, ist: Wir fragen: Sind Sie in der nächsten Stunde zu Hause oder am nächsten Nachmittag?

Dann sagt er ja, am nächsten Nachmittag. Dann sagen wir, dann kommen wir vorbei und wir suchen eine Lösung für dieses Problem. Dann ist es – das ist unsere Erfahrung – natürlich schon so, dass ein großer Teil von potentiellen Problemen wirklich gar keine mehr sind, weil die Menschen sich abgeholt fühlen. Ich finde, es ist die Stärke der Biostationen in diesem Land, dass wir ganz nah an den Menschen arbeiten. Damit lösen wird nicht alle Konflikte der Welt, das ist auch klar. Aber ich glaube, dass wir an ganz vielen Stellen ganz viel Luft herausnehmen können.

Vorsitzende Birgit Beckers (Dachverband Biologische Stationen NRW): Vielleicht noch einmal ergänzend zu dem Thema Angler, Jäger, Landwirte. Meine Erfahrung, ich mache das jetzt auch schon seit 30 Jahren, in den Gebieten ist, dass es ein Unterschied ist, ob ich mit dem einzelnen Landwirt vor Ort rede. Mit jedem einzelnen Landwirt oder fast mit jedem kann man gut reden. Man kommt sehr gut zurecht miteinander. Auf Funktionärssebene ist es natürlich manchmal etwas anders, das muss man einfach so offen sagen.

Klar, da werden natürlich Positionen vertreten, das ist aber etwas ganz anderes, als wenn ich mit einem ganz klaren Anlass mit einem Landwirt oder Jäger oder Angler rede. Bei uns zumindest in der Station gibt es auch Fischleute, die fischen selber und die kommen natürlich sehr gut mit den Anglern klar, weil sie die gleiche Sprache sprechen. Das ist natürlich auch oft wichtig. Wir haben auch einen Jäger im Verein, der spricht dann auch die gleiche Sprache. Das heißt, das ist schon einmal eine ganz gute Voraussetzung dafür, dass man auch gut miteinander reden kann.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Jetzt zum Abschluss begrüße ich erst einmal Frau Ministerin. Schön, dass Sie da sind. Ich gebe Ihnen gleich das Wort.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Herzlichen Dank Ihnen beiden noch einmal für die ausführlich Darstellung Ihrer Arbeit und das, was Sie sich für Ihre zukünftige Arbeit wünschen. Ich habe mich deshalb gemeldet, weil ich das sehr nachvollziehen kann. Wir halten den Naturschutzhaushalt konstant. Im vergangenen Jahr war es der einzige Haushaltsbereich bei uns, den wir von der globalen Minderausgabe befreit haben, der keinen Beitrag zur globalen Minderausgabe des Gesamthaushalts leisten musste. Das muss man auch mal ganz deutlich sagen.

Sie haben ein Thema angesprochen, das ist die jährliche Finanzierung. Ich kann das total nachvollziehen. Man könnte sich natürlich durchaus überlegen, ob es Sinn macht, mit Ihnen einen Vertrag zu schließen wie mit der Verbraucherzentrale NRW. Hier haben wir eine fünfjährige Finanzierung. Ich muss allerdings dazu sagen, die fünfjährige Finanzierung war dann etwas weniger als das, was die Verbraucherzentrale NRW jährlich bekommen hat, aber heute hat sie eine feste fünfjährige Finanzierung. Darüber gibt es einen Vertrag, der zwischen dem Land NRW und der Verbraucherzentrale geschlossen worden ist, und damit wird gearbeitet.

Ich gucke jetzt einmal zu meinem Haushaltsexperten hin, ob man das von der Struktur für die Biologischen Stationen auch so machen könnte. Das muss man sich sehr genau überlegen, weil die Förderung, glaube ich, mit jeder einzelnen Biologischen Station gemacht wird. Aber auch das wäre kein Hinderungsgrund, wäre ein bisschen aufwendiger. Man könnte sich das durchaus durch den Kopf gehen lassen, ob Ihnen das weiterhelfen würde, dann mit einem festen Vertrag tatsächlich zu arbeiten.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Das klingt wie ein gutes Angebot. Vielleicht kommen da noch einmal bilaterale Gespräche jetzt zustande. Das ist ja auch gut, dass in so einer Anhörung oder Vorstellung auch an die Umsetzung gedacht wird. Sie sehen auch, wir setzen gerne direkt um. In dem Sinne danke ich Ihnen sehr für Ihren Besuch, für Ihre sehr interessanten Ausführungen und die Beantwortung all unserer Fragen. Ich denke, jeder von uns sieht Sie im Wahlkreis oder im Landkreis und arbeitet, was ich sagen kann, sehr gerne mit Ihnen zusammen, auch von der Landwirtschaftsseite. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Vorsitzende Birgit Beckers (Dachverband Biologische Stationen NRW): Wir dürfen uns auch noch einmal ganz herzlich bedanken für die Möglichkeit. Ich kann immer nur anbieten, gehen Sie zu Ihrer Biologischen Station. Viele kennen wahrscheinlich auch ihre Station. Nehmen Sie Kontakt auf und sprechen mit ihnen! Sie sind immer herzlich willkommen dort. – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
67. Sitzung (öffentlich)

22.09.2021
sd-yö

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5659
Vorlage 17/5722

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Einführung durch die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Vorsitzende Dr. Patricia Peill verweist auf den übersandten Einführungsbericht – vgl. Vorlage 17/5722. Sie frage, ob die Ministerin noch das Wort wünsche.

Ursula Heinen-Esser (MULNV) trägt vor:

Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ein paar Worte möchte ich noch zum Haushalt sagen. Wir haben eine Steigerung der Ausgaben bei uns im Haushalt von 83 Millionen Euro. Der Ansatz liegt jetzt bei 1,28 Milliarden Euro. Wir müssen aber klar und deutlich sagen, dass der größte Teil der Gelder, nämlich 84 %, als Transfermittel gebunden sind. Das sind solche Gelder, die aufgrund freiwilliger oder gesetzlicher Regelungen an Dritte gebunden sind, beispielsweise 110 Millionen Euro für die Gemeinschaftsaufgabe „GAK“, die vom Bund mit 60 %, von uns mit 40 % getragen wird. Wir haben 251 Millionen Euro an Landesförderprogrammen für Umweltbildungseinrichtungen, Wiederaufforstungen etc.

Das prägendste Ereignis in diesem Jahr war sicherlich die Hochwasserkatastrophe. Es gibt Wiederaufbauhilfen des Landes – wir haben das alles schon im Plenum diskutiert – von 12,3 Milliarden Euro. Die Betroffenen können seit dem 17. September Förderanträge stellen. Der Teil, der uns betrifft, die Landwirtschaft über die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, die das für uns zentral macht, Gewerbe über das Wirtschaftsministerium und der Rest, auch die kommunalen Themen über das MHKBG. Gleichwohl geht es bei uns auch um vorsorgende Aspekte, um Hochwasserschutz.

Wir haben für den kommenden Haushalt 77 Millionen Euro für den Hochwasserschutz bereit stehen, rein für den Hochwasserschutz. Hier wird es darum gehen – das beginnen wir noch in diesem Jahr –, mit den Kassenmitteln, die wir zur Verfügung haben, Prognosetools zu entwickeln, Wasserschutzkonzepte zu entwickeln und dann in den nächsten Jahren – das war auch das Thema – auch an den kleinen Flüssen entsprechend umzusetzen.

Darüber hinaus ist natürlich insgesamt das Thema Klimaanpassung und die Vorbereitung auf extreme Situationen wichtig – Starkregen, Überschwemmungen auf der einen Seite, Hitze-, Trockenperioden auf der anderen Seite. Politische Grundlage ist das Klimaanpassungsgesetz, das wir vor der Sommerpause noch verabschiedet haben. Aber wir haben auch noch mehr Programme in den Bereichen Grüne Infrastruktur, Regenwassermanagement, weniger Versiegelung, Schwammstädte und Ähnliches. Hier haben wir verschiedene Landesprogramme zur Hitze- und Starkregenvorsorge in den Städten. Wir haben im Rahmen der Ruhrkonferenz ein Programm gemeinsam mit dem Emscher-Lippe-Verband für die nächsten 10 Jahre mit insgesamt 250 Millionen Euro aufgelegt, um die Kommunen im Ruhrgebiet dabei zu unterstützen, sich auf den Klimawandel vorzubereiten.

Ein wichtiges Thema, das uns leider schon seit 3 Jahren begleitet, ist das Thema Wald und Forst, Wiederbewaldung. Wir haben für das nächste Jahr Finanzmittel in den Extremwetterrichtlinien von 55,86 Millionen Euro bereitstehen. Dazu kommen weitere Mittel, die diese Ausgaben flankieren werden. Großes Thema ist – das wissen Sie alle, Sie begleiten das schon viel länger als ich – die Umstellung der bisherigen indirekten Förderung auf die direkte Förderung. Da sind wir dran. Da können wir gleich gegebenenfalls noch einmal Zahlen zu referieren. Neben einem Gesamtansatz von 19,8 Millionen Euro stehen Verpflichtungsermächtigungen hier in einer Gesamthöhe von 34,92 Millionen Euro zur Verfügung.

Tierwohl ist nach wie vor ein Thema. Das erkennt man auch im Haushalt – Tiergesundheitsdatenbank, Vorbereitung weiter auf die Afrikanische Schweinepest und Ähnliches. Das sind ein paar Stichworte, die ich genannt habe.

Den Naturschutzhaushalt halten wir nach wie vor konstant. Ich denke, dass wir damit eine gute Grundlage für das Jahr 2022 legen werden. Ich darf daran erinnern, dass sich der Gesamthaushalt in einer schwierigen Phase befindet, auch durch die Anforderungen durch Corona, die auf dem Haushalt liegen. Wir können uns aber trotzdem in wichtigen Themen unsere Spielräume erhalten. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill bedankt sich bei der Ministerin. Sie frage, ob es noch Verständnisfragen gebe. – Das sei nicht der Fall. In der nächsten Sitzung finde dann die ausführliche Diskussion statt.

3 Tierschutz ernst nehmen – CO₂-Betäubung bei Schlachtschweinen endlich beenden

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11615

Ausschussprotokoll 17/1428 (Anhörung vom 12. Mai 2021)

(Überweisung des Antrags am 12.11.2020)

Norwich Rüße (GRÜNE) gibt an, der Schlachthof als solcher sei nicht zuletzt in Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten stärker in den Blickpunkt geraten, nämlich durch zwei große Skandale. Er glaube, dass man tatsächlich gut daran tue, wenn man den Blickwinkel nicht nur auf die landwirtschaftlichen Betriebe, die Tierhaltung richte, sondern auch auf die nachgelagerten Bereiche.

In dem Antrag werde eine Problematik angesprochen, die alt bekannt sei. Wer sich die Bilder von CO₂-Betäubungen anschau, der könne unschwer erkennen, dass das bei den Tieren Reflexe auslöse und zu Schmerzen führe. Das habe auch niemand in der Anhörung bestritten. Die Unterschiede hätten darin gelegen, ob die CO₂-Betäubung von allen Methoden vielleicht noch die akzeptabelste sei. Diese Meinung habe es gegeben, aber es habe auch andere Meinungen gegeben.

Wenn man bei der Tierhaltung die Akzeptanz erhalten wolle – er erinnere an Stichworte wie In-vitro-Fleisch usw. – und berücksichtige, dass sich die Fleischproduktion in den nächsten 10 Jahren aus der landwirtschaftlichen Urproduktion herauslöse, wodurch neue Anforderungen an die verbleibende Tierhaltung entstünden, dann heiße das für ihn, dass man die Anstrengungen im Bereich Betäubung und Tötung von Tieren an Schlachthöfen deutlich verstärken und verbessern müsse. Seine Fraktion sei der festen Überzeugung, dass die CO₂-Betäubung keine Zukunft mehr haben werde, dass es bessere Methoden, sorgfältigere Methoden gebe. Man könne das – das sei auch in der Anhörung zu erkennen gewesen – natürlich ein Stück weit in die Zeit schieben. Aber das Problem müsse gelöst werden, auch und gerade im Interesse der Landwirtschaft. Er werbe um Zustimmung zu dem Antrag.

Heinrich Frieling (CDU) führt aus, vieles von dem, was Herr Rüße an allgemeinen Ausführungen gesagt habe, könne er teilen, etwa die Frage, wie wichtig das Thema sei. Das betreffe auch den sensiblen Blick, den man auf den Schlachtprozess und auf die Schlachthöfe werfen müsse. Die Schlüsse, die Herr Rüße ziehe, teile seine Fraktion allerdings nicht. Im Plenum habe es eine Diskussion gegeben. Herr Rüße habe das Bild in den Raum gestellt, dass er in seinem kleineren Betrieb auch mal 10 Schweine selbst zum Schlachthof fahre.

Er habe damals schon erwidert, man müsse die Realität im Auge behalten, gerade wenn es darum gehe, wie man mit den Tieren vernünftig umgehe. Sicherlich habe man

eine besondere Verantwortung, für eine leidensarme Schlachtung und ein hochwertiges Lebensmittel zu sorgen. Es sei aber auch nicht die Realität, wenn Herr Rüße in den Raum stelle, es gäbe eine bessere Methode, die tatsächlich jetzt schon verfügbar wäre.

Herr Rüße habe in seinem Statement angedeutet, dass das Thema Zeitschiene schon eine große Rolle spiele. Wenn es eine verlässliche, sicher anwendbare, funktionierende Methode geben würde, dann, glaube er, bräuchte man nicht lange darüber zu diskutieren. Aber diese Methode stehe realistisch nicht zur Verfügung. Wer etwas für den Tierschutz erreichen wolle, müsse mit den Realitäten arbeiten.

In der Fachdiskussion habe man viel gehört über den Umgang mit Edelgasen, mit Argon und Helium. Da spiele z. B. auch der Arbeitsschutz eine große Rolle, der bei der hohen Flüchtigkeit von Gasen auch gewährleistet werden müsse. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass gerade die Sachverständigenanhörung ergeben habe, dass die CO₂-Methode von den zur Verfügung stehenden Methoden vielleicht noch die akzeptabelste im Moment sei, weil sie in dem Rahmen, in dem sie funktionieren könne, funktioniere und weil sie diejenige sei, die im Moment auch praktikabel sei, was bei den anderen Methoden nicht der Fall sei.

Deswegen werde seine Fraktion den Antrag ablehnen. In den Forderungen finde man auch weitergehende Aussagen. Es werde viel über die Frage, ob es rechtlich zulässig sei, was passiere, obwohl diese Verfahren ausdrücklich in der EU, in der entsprechenden Schlachtverordnung zugelassen seien. Die deutschen Standards seien sogar höher zum großen Teil, was die CO₂-Betäubung betreffe. Dementsprechend könne er nur feststellen, dass das, was ausdrücklich zugelassen sei, nicht zugleich verboten sein könne. In dem Antrag werde ein Dreijahreszeitraum angesprochen, ohne sicherstellen zu können, dass es in den drei Jahren eine bessere Lösung gebe. Bei aller Wertschätzung für das Thema, das der Antrag kritisch beleuchte, könne seine Fraktion den Schlussfolgerungen nicht folgen und werde den Antrag ablehnen.

Frank Börner (SPD) betont, der Antrag der Grünen gehe aus Sicht seiner Fraktion in die richtige Richtung. Man müsse bei der Betäubung der Tiere vor der Tötung genau hinschauen, was man da verbessern könne. Die Anhörung habe gezeigt, dass es zurzeit noch keine durchführbare Alternative gebe. Das Thema sei aber wichtig. Wie Herr Rüße schon gesagt habe, die Zeitschiene sei ein spannendes Thema. Man müsse da dran bleiben. Zu dem Antrag insgesamt werde sich seine Fraktion enthalten.

Stephan Haupt (FDP) merkt an, die Parteien seien nicht weit auseinander. In der Tat sei die CO₂-Betäubung nicht die optimale Betäubung. Zurzeit fehle allerdings die Alternative. Nun sei es auch so, dass sich alle bereits auf den Weg gemacht hätten. Die EU habe entsprechende Fördermittel bereitgestellt, um nach Alternativen zu forschen.

Das Friedrich-Loeffler-Institut suche im Auftrag des BMEL, unterstützt von der Fleischwirtschaft, nach Alternativen und habe ein Zeitraum von drei Jahren. Drei Jahre hätten sie Zeit für diese Untersuchung, davon sei auch schon ein Jahr um. Das heiße, man rechne in den nächsten zwei Jahren mit Ergebnissen. Auch die private Fleischwirtschaft

sei nicht untätig. So experimentiere jetzt die Firma Tönnies in Süddeutschland mit der Heliumbetäubung im Großbetrieb.

Alle seien der Meinung, die CO₂-Betäubung sei nicht die optimale Betäubung. Man wisse auch nicht, welches die bessere Methode zurzeit sei. Insofern sollte man die zwei Jahre Geduld haben, um dann eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Seine Fraktion werde den Antrag jetzt ablehnen.

Andreas Keith (AfD) macht darauf aufmerksam, Schlachthöfe lieferten einen wesentlichen Bestandteil der Ernährung. Schlachten sei nicht schön. Er komme aus einer ländlichen Region. Früher sei bei ihm selbst geschlachtet worden. Der Großvater habe Tiere auf dem Hof geschlachtet, da habe es noch keine strengen Hygienevorschriften gegeben. Momentan gebe es – das habe man mehrfach gehört – keine Methode, die den Tieren vor der Schlachtung soweit helfe, dass der Stress vermieden werden könne, zumal auch andere Faktoren eine Rolle spielten, wie man zum Beispiel die Tiere vielleicht schonender von den Transportern bekomme. Da gebe es im Vorfeld, bevor die Betäubung ansetze, Möglichkeiten und Maßnahmen, die man einleiten könnte, um den Tieren einen gewissen Stress zu nehmen.

Er sei dieses Jahr in Spanien in Urlaub gewesen. Er habe sich einen Rinderzuchtbetrieb in Andalusien angeschaut. Wenn man sich da anschau, wie viele Tiere dort in einer Stallung seien bei diesen extremen Temperaturen, die da vorherrschen würden, dann müsse er ganz ehrlich sagen, dann seien in Deutschland die Zuchtbetriebe und die Schlachtbetriebe hervorragend aufgestellt. Da unten habe man nicht das engmaschige System der Überwachung, wie man es in Deutschland kenne. Natürlich gebe es überall schwarze Schafe, auch in Deutschland. Aber das, was er da gesehen habe, das habe er so in Deutschland bei den Betrieben, die er hier besucht habe, noch nicht gesehen, weder bei der Verarbeitung noch bei der Zucht.

Der Antrag gehe leider an der Sache vorbei. Er denke, in Deutschland habe man hervorragende Schlachtbetriebe. Sicher sei das kein schönes Geschäft. Im Moment sehe seine Fraktion keinen Bedarf, da Änderungen herbeizuführen. Deswegen lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Norwich Rüße (GRÜNE) stellt heraus, er sei Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Ihn interessiere insbesondere die Art und Weise, wie in Nordrhein-Westfalen geschlachtet werde, und weniger, was in Spanien passiere. Das sei einfach so. Als Abgeordneter sei er dafür zuständig, sich darum zu kümmern, dass hier die Schlachtbedingungen optimiert würden.

Nun finde man in dem Antrag auch die Frage von Zutrieb, Betäubung und Tötung der Tiere. Selbstverständlich könne man da noch was verbessern. Da könne man direkt zustimmen. Da die Geschwindigkeit rauszunehmen, wäre ein entscheidender Punkt.

Die Frage der CO₂-Betäubung müsse genau so wie die Frage der Produktionsgeschwindigkeit, der Schlachtgeschwindigkeit verbessert werden. Hier werde der Tierenschutz ökonomischen Interessen untergeordnet.

Wenn er erkennen würde, dass die Unternehmen da tatsächlich vorankämen – er sehe dass die Branche auf Zeit spiele –, dann wäre viel gewonnen. In seiner Nachbarschaft befinde sich ein Schlachthof, der mit Elektrobetäubung arbeite. Er sei gar nicht so klein, das sei der zehntgrößte Schlachthof Deutschlands. Das gehe schon, aber das gehe nur bis zu einer bestimmten Größe. Dann komme man mit Elektrobetäubung nicht mehr weiter.

Mit CO₂-Betäubung schaffe man das Vierfache. Bei der Elektrobetäubung brauche man mehr Personal, das sei alles richtig. Er finde, dass man irgendwann an einen Punkt komme, an dem man feststellen müsse, dass die CO₂-Betäubung so nicht gehe, weil die Tiere bis 20, 30 Sekunden unter extremsten Stress stehen würden, bis sie dann tatsächlich betäubt seien. Das habe man bei einer Elektrobetäubung nicht. Das gehe viel schneller. Da brauche man nicht einmal eine Sekunde, dann fielen Tiere um.

Er finde es wichtig, dass man da nicht Äpfel mit Birnen vergleiche und von Elektroanzen und sonstigem rede, sondern dass man tatsächlich moderne Elektrobetäubung vergleiche mit moderner CO₂-Betäubung. Da falle sein Fazit so aus, dass die CO₂-Betäubung nicht tierschutzkonform ausgestaltet sei bis hin zu dem Punkt – das gehe in Richtung von Herrn Frieling –, dass man es tatsächlich nicht schaffe, in der eigentlich vorgeschriebenen Zeit nach der Betäubung den Entblutungsstich anzusetzen.

Das bekomme man bei der CO₂-Betäubung nicht hin, weil man zu viele Tiere habe. Bis man das letzte Tier dann gestochen habe, habe man die 20 Sekunden überschritten. Deshalb bekämen die Unternehmen eine Ausnahmegenehmigung, seit Jahren. Ausnahmegenehmigungen sollten aber irgendwann mal beendet werden. Irgendwann müsse es eine Lösung geben, die dann der ursprünglichen Vorschrift, dem ursprünglichen Ansatz entspreche. Das könne man vorübergehend machen. Aber Ausnahmen bedeute, dass man eine Lösung anstrebe. Die könne er seit Jahren nicht sehen. Das Thema sei schon ewig in der Debatte, man komme an der Stelle nicht voran.

Er sehe, dass hier tatsächlich ökonomische Interessen viel kaputt gemacht hätten. Jetzt versuche man – er sei auch Mitglied der Enquetekommission – mühsam, die Strukturen wieder zu errichten, nämlich regionale Schlachthöfe. Die kleinen Schlachthöfe arbeiteten alle mit Elektrobetäubung. Sie bräuchten keine CO₂-Betäubung. Diese Strukturen seien gewachsen. Sie seien vor allem auch gewachsen auf Kosten osteuropäischer Arbeitskräfte. Seiner Meinung könne man von diesen Unternehmen verlangen, dass sie die Gasbetäubung endlich – das könne man in einer bestimmten Frist verlangen – so gestalten, dass sie tierschutzkonform sei, oder man müsse zu einer besseren Technik wechseln.

Heinrich Frieling (CDU) betont, Einigkeit bestehe darüber, dass bei allen Methoden, die angewandt würden, die fachliche Anwendung ein zentraler Aspekt sei. Das müsse sichergestellt sein. Das Thema der Überprüfung, der Überwachung spiele eine große Rolle. Der Ausschuss habe über Videoüberwachung häufig diskutiert. Auch bei der Elektrobetäubung müsse die fachliche Anwendung in der Menge garantiert werden. Man wisse, dass da die Stressthematik eine große Rolle spiele, die Separierung im Vorfeld. Der Vorteil bei CO₂-Betäubungsmethoden sei, dass man diese Phase nicht

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
67. Sitzung (öffentlich)

22.09.2021
sd-yö

habe, in der das Tier merke, dass es ihm an den Kragen gehe. Bei der Elektrobetäubung sei das umso schwieriger.

Der Arbeitsschutz spiele auch bei der Elektrobetäubung eine große Rolle. Man brauche die Kräfte, die das entsprechend durchführten. Letztendlich – er habe eben von Realitäten gesprochen –, für ein hochwertiges Lebensmittel müsse die Infrastruktur leistungsfähig sein, um diesen Teil des Tierschutzes, nämlich den im Schlachtprozess, auch vor Ort sicherzustellen. Deswegen sei es wichtig, dass man die Praktikabilität da habe.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/11615 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

4 Wo Naturschutz draufsteht, muss Naturschutz drin sein – keine Pestizide in Naturschutzgebieten!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12048

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14. Juni 2021)

In Verbindung mit:

Landschaft gestalten – mehr Artenvielfalt durch einen Verbund von Hecken und Feldgehölzen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12055

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14. Juni 2021)

(Überweisung des Antrags Drucksache 17/12048 am 16. Dezember 2022 – Überweisung des Antrags Drucksache 17/12055 an den AULNV – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 27.01.2021)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, der mitberatende Ausschuss habe in seiner Sitzung am 3. September 2021 den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Norwich Rüße (GRÜNE) schickt voraus, seine Fraktion werde beiden Anträgen zustimmen. Die Anhörung habe bestätigt, dass der Antrag seiner Fraktion richtig sei, dass man den Pestizidverbrauch deutlich senken müsste, insbesondere im Interesse der Artenvielfalt, und dass man die Naturschutzgebiete, die eigentlich die Funktion hätten, die Artenvielfalt zu stabilisieren – sie könnten diese Funktion nicht erfüllen –, besser schützen müsse, auch vor Einträgen von Pestiziden schützen müsse und dass man eine Pufferzone um die Naturschutzgebiete herum brauche.

Das alles würde das Land Nordrhein-Westfalen Geld auch kosten. Man wäre entschädigungspflichtig gegenüber den Landwirten, die dann Mindererträge hätten. Das müsste ausgeglichen werden. Wenn man aber in puncto Artenvielfalt vorankommen wolle, dann sei das ein wesentlicher Baustein. Ein besonders wichtiger Baustein, der in dem Antrag angeführt worden sei, sei eine Pestizidminderungsstrategie. Seine Fraktion vertrete die Meinung, dass man hier seit Jahren, obwohl man den nationalen Aktionsplan habe, nicht wirklich vorankomme. Man schaffe es nicht, dass man den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln herunterfahre.

Gleichzeitig finde er es spannend – er ziehe immer gerne die Parallele zur Antibiotikadatenbank, da habe man das gleiche Phänomen gehabt, dass man den Verbrauch nicht habe senken können –, aber in dem Moment, wo man eine Minderungsstrategie und die Datenbank bekommen habe, habe das funktioniert, obwohl vorher jeder erklärt habe, dass das nicht gehe, dass kein Gramm zu viel eingesetzt werde. Das koste alles Geld usw. Die Argumente seien bekannt. Trotzdem habe man jetzt eine Halbierung hinbekommen.

Etwas Ähnliches müsste im Interesse von Umwelt und Natur auch bei Pflanzenschutzmitteln grundsätzlich möglich sein. Er gehe davon aus, dass auch hier analog Pflanzenschutzmittel eingesetzt würden, die nicht eingesetzt werden müssten und dass man, was die Prinzipien des integrierten Pflanzenschutzes angehe, nicht weiter sei, als man in den 80er-Jahren schon gewesen sei.

Dr. Ralf Nolten (CDU) kommt zunächst auf den SPD-Antrag zu sprechen. Wer die Anhörung verfolgt habe, werde gemerkt haben, dass zu dem Antrag der SPD sehr wenig gesagt worden sei, außer dass man die Nieheimer Flechthecke schätze und Hecken von Norden bis Süden, die Wallhecken usw. Er finde es sehr schade, dass diese beiden Anträge, die unterschiedlich in der Qualität seien, zusammen diskutiert worden seien. Er habe im Plenum keinen Hehl daraus gemacht. Im Kommunalausschuss sei keiner der antragstellenden Fraktionen mehr in die Debatte eingestiegen.

Wer sich den ersten Anteil anschauere, finde im ersten Teil eine Beschreibung zum Thema Biodiversität. Anschließend würden Hecken mit ihren Vorteilen beschrieben. Dass sei alles soweit okay. Aber man beschließen am Ende die Aufforderungen an die Landesregierung. Wenn man da rein gehe, werde es schwierig. Es gehe um den Zustand. Man habe die ökologische Flächenstichprobe, wo dokumentiert werde, wie sich die Dinge entwickelten. In dem Antrag selber finde sich der Landschaftsplan mit keinem einzigen Wort wieder. Dabei sei er in Nordrhein-Westfalen das Kriterium, das Grundlage der Naturschutzarbeit sei, in dem auch die Hecken entsprechend als

geschützte Landtagsbestandteile aufgeführt würden. Insofern gebe es da ein Bestandskataster. Wer jetzt ein neues einführe, der dürfe im Sinne der Konnexität auch überlegen, wie er das den Kreisen vermittele und die Finanzmittel entsprechend zur Verfügung stelle. Im Landschaftsplan stehe der Biotopverbund im Mittelpunkt, der über Hecken erfolgen könne, aber auch über viele andere Dinge.

Wenn man die Vernetzung von Feldgehölzen steigern wolle, habe man auch das Problem – er habe auch bei sich im Kreis auch Bördelandschaften –, da stehe explizit in den Landschaftsplänen drin, das Offenhalten der Börde für Feldvögel und Anpflanzungen von Hecken und Feldgehölzen stünden sich gegensätzlich gegenüber. Das sei dann einfach so. Insofern sei die Pauschalität, mit der hier gearbeitet werde, nicht zielführend.

Zur Frage der Förderung: Wer in die GAK hineinschauen, sehe das entsprechende Förderangebot. Auch da gebe es keinen Bedarf. Die Prosa vorne sei nett, aber man beschließe hinten den Teil Beschlussfassung. Da seien keine Punkte dabei, die es lohne, weiter zu vertiefen.

Ina Spanier-Oppermann (SPD) findet das schade. Sie wolle sich zu den beiden Anträgen allgemein äußern. Der Hinweis auf die Anhörung sei gegeben worden. Sie habe sich die Ausführungen der Experten noch einmal angeschaut. Nun sei es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den Artenschutz auch als eine solche zu verstehen. Man müsse sich – das habe die Anhörung auch gezeigt – aufeinander zu bewegen. Der Konfrontationskurs sei nicht zeitgemäß bei dem Thema. Alle müssten an einem Strang ziehen. Da könne keiner auf halber Strecke irgendwelche Punkte machen. Es gebe eine Faktenlage, der sich alle stellen müssten.

Kollege Rüsse habe das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion angesprochen. Das mache sie auch. Ihre Fraktion werde selbstverständlich dem Grünen-Antrag zustimmen, dem eigenen Antrag sowieso. Sie glaube, dass beide Anträge zeigen würden, dass man da den richtigen Weg einschlage. Wenn man sich die Beiträge der Anhörung zu Gemüte führe, dann dürfe man mit Wohlwollen nicht nur über Prosa sprechen, sondern man könne auch feststellen, vieles, was in den Anträgen stehe, werde anerkannt, auch von Stellen, von denen man auf den ersten Blick vielleicht denke, dass sie das so gar nicht sehen würden.

Mit Blick auf TOP 6 verweise sie auf die Studie der Uni Osnabrück, die im Grunde das schreibe, was in den beiden vorliegenden Anträgen gefordert werde. Insofern bestätige das ihre Fraktion, dass auch wissenschaftliche Hinweise in diese Richtung zeigen würden. Die SPD-Fraktion verstehe die beiden Anträge auch so.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, TOP 6 werde noch einmal extra behandelt.

Stephan Haupt (FDP) führt aus, eben habe der Ausschuss von den Biologischen Stationen gehört, dass man mit den Landwirten auf Augenhöhe und gemeinsam sehr viel

erreichen könne und dass eine Gängelung der Landwirtschaft, eine Bevormundung nicht zu empfehlen sei.

Die Landwirtschaft habe jetzt einen Insektenschutzprogramm vom Bund auferlegt bekommen – ohne Vorwarnung, was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betreffe.

Die Enquetekommission habe in seinem Heimatkreis einen konventionellen Hof besucht, welcher sich der regionalen Vermarktung verschrieben habe. Mit viel Herzblut versuche die ganze Familie, diesen Hof erfolgreich zu bewirtschaften. Kurz, bevor man sich verabschiedet habe, habe man gefragt, was die Landwirte der Enquetekommission mitgeben wollten. Die Landwirtin habe mit Tränen in den Augen gesagt, so wie es im Moment laufe, dass man den Landwirten von heute auf morgen den Einsatz von Pestiziden verbiete, dürfe es nicht laufen, das gefährde die Existenz. Die Frau habe Existenzängste gehabt. Er glaube, das sollte man auch ernst nehmen.

Von den Biologischen Stationen habe man lernen können, dass in Sachen Vertragsnaturschutz sehr viel möglich sei. Er glaube, das sei auch der richtige Weg, den man weitergehen sollte. Man sollte aber nicht von oben herab die Landwirtschaft bevormunden, sie als diejenigen darstellen, die wieder die Schuldigen seien, und ihnen Existenzängste bereiten.

Bianca Winkelmann (CDU) schließt sich den Worten des Vorredners an. Sie wolle aber mit Blick auf die rot-grüne Einigkeit etwas Wasser in den Wein gießen. Kollege Nolten habe zum SPD-Antrag, dem Heckenantrag viele Ausführungen gemacht.

Durch das Inkrafttreten der Pflanzenschutzanwendungsverordnung aus dem Bund habe sich der Antrag in vielen Bereichen überholt. Das höre sich jetzt so an, als wenn man einer Verordnung einen grünen Anstrich auf den letzten Metern verpassen wolle.

Nun komme von den Grünen immer wieder die Forderung, zusätzlich um Naturschutzgebiete herum Pufferzonen einzurichten. Im Industrieland Nordrhein-Westfalen gebe es über 3.000 Naturschutzgebiete, die schon besonderen Regelungen unterlägen. Ihr fehle die Vorstellungskraft zu fordern, dass man jetzt um diese 3.000 Naturschutzgebiete noch zusätzliche Pufferzonen schaffen solle. Da sei zu fragen, wo man da überhaupt noch Landwirtschaft möglich machen wolle, auf welchen Flächen Landwirte noch Mittel zum Leben erzeugen dürften, wenn man diesem Antrag in seiner Restriktivität folgen würde. Das sei fernab der Realität.

Sie habe in dem Antrag das Thema „precision farming“ nicht wiedergefunden, das die Politik schon seit langen Jahren begleite. Pflanzenschutzmaßnahmen würden heutzutage wesentlich zielgerichteter ausgeführt. Die Abdrift-Möglichkeiten, von denen die Grünen sprächen, seien schon längst bei den neuen Maschinen nicht mehr vorhanden, wie es noch vor Jahren gewesen sei. Der Antrag der Grünen habe sich aus ihrer Sicht komplett überholt. Zum Antrag der SPD habe Kollege Nolten schon ausgeführt.

Andreas Keith (AfD) unterstreicht, es sei schon viel Richtiges gesagt worden. Er wolle noch einmal eine Lanze für die Landwirte brechen. Niemand, der sich intensiv mit der Landwirtschaft beschäftige, der seinen Beruf lebe und auch als Berufung sehe, setze

Pflanzenschutzmittel gerne ein. Das mache niemand. Die Mittel setze man ein, um die Pflanze zu schützen und den Ertrag zu schützen, der dann das Überleben der Familie, aber auch die Versorgung der Gesellschaft sicherstelle. Das sei der Grund.

Wenn er in seinen Weinbergen darauf verzichten könnte, Pestizide einzusetzen, dann würde er es tun, wenn er nicht die Befürchtung hätte, dass ein Befall drohe. Wenn man sehe, dass in anderen Gegenden Befall da sei, dann setze man Pflanzenschutzmittel ein. Das mache jeder andere Landwirt genauso verantwortungsvoll. Daher könne seine Fraktion dem Antrag, insbesondere weil darin suggeriert werde, dass die Landwirtschaft gegen den Naturschutz oder die Natur arbeite. Das sei einfach nicht der Fall. Die meisten Landwirte machten das nicht. Er kenne zumindest niemanden in seinem Bekanntenkreis, der das tue.

Ob jeder Abgeordnete jetzt wirklich – das stehe in den beiden Anträgen genauso – jedes Jahr einen Pflanzenschutzbericht oder einen Bericht über den Umfang der Hölzer, der Hecken brauche, da sei er sich auch nicht sicher. Da könne er auch nichts mit anfangen. Wenn man einmal in der Legislatur höre, wie die Entwicklung grundsätzlich sei, sei das so okay. Dass man aber jährlich einen Pflanzenschutzbericht oder einen Bericht über den Umfang der Feldgehölze benötige, glaube er nicht. Diese Information bekomme man auch von anderer Seite. Seine Fraktion lehne beide Anträge ab.

Norwich Rüße (GRÜNE) erwidert, an Frau Winkelmann gewandt, wenn man solche Pufferzonen um die Naturschutzgebiete haben wollte, wie die CDU im Rahmen von Windkraftausbau Pufferzonen zu Siedlungsräumen gelegt habe, dann hätte sie recht. Aber das wolle niemand. Man wolle die Pufferzonen ja nicht tausend Meter breit um Naturschutzgebiete anlegen. Es gehe aber darum, dass Naturschutzgebiete mit erheblichen öffentlichen Geldern angelegt worden seien. Da müsse man sich natürlich überlegen, wie man dann die Funktion dieser Naturschutzgebiete sicherstelle. Im Moment erfüllten sie ihre Funktionen nicht. Deshalb müsse man auch überlegen, ob man diesen Faktor, Pflanzenschutzmitteleinsatz, an der Stelle nicht deutlich reduziere.

Nun würden Landwirte Pflanzenschutzmittel einsetzen. Sie setzten sie vor allem auch ein in einer Gesamtlogik von Landwirtschaft, wo es darum gehe, zum billigsten Preis zu produzieren, bis hin zu der Perversion, die es gegeben habe, Glyphosat als Sektionsmittel einzusetzen, was man ja habe beenden können, bis hin dazu, dass man tatsächlich, damit der Mähdrescher etwas schneller fahren könne, Getreide abgetötet habe, sogar Brotgetreide mit Glyphosat. An der Stelle werde deutlich, dass da eine Menge möglich sei, dass an der Stelle tatsächlich ökonomische Interessen und nicht nur die reine Notwendigkeit im Vordergrund stünden. Er glaube, dass man da, was den Pflanzenschutz angehe, schon mal weiter gewesen sei. Jetzt habe man allmählich eine Entwicklung, dass Hackgeräte wieder in die Landwirtschaft hineinkämen. Da sei 20 Jahre lang nichts passiert.

In den 80er-Jahren habe es in NRW Förderungen gegeben für Striegel usw. Er könne Höfe zeigen, wo die Striegel über ein Jahrzehnt in der Ecke gestanden hätten, niemand habe sie mehr benutzt. Sie kämen jetzt wieder. Jetzt werde es wieder gemacht –

genauso, wie jetzt Hacken wieder eingesetzt würden. Vorher habe man es nicht mehr gemacht. Er finde schon, dass man sehe, dass da viel mehr möglich wäre.

Wenn man im „Landwirtschaftliches Wochenblatt“ in den letzten Jahren Kommentare zur Frage Pilzbekämpfung lese und in einem Bericht zu Triticale stehe, man hätte auf die Maßnahmen verzichten können, wenn man gewusst hätte, dass das Jahr so trocken werde. Das sei auch ein Indiz dafür, dass sehr wohl präventiv Pflanzenschutzmittel eingesetzt würden. Davon müsse man ein Stück weit wieder weg. Da müsse mehr Bewegung rein. Keiner sage, dass man vollständig drauf verzichten könne. Er habe eben gesagt, eine Halbierung halte er sehr wohl für möglich. Er habe nicht gesagt, dass das zu 100 % möglich sei. Das glaube er auch nicht unter den Bedingungen, die man am europäischen Markt habe. Das sei etwas ganz anderes. Fest stehe aber, dass da viel passiere, was nicht notwendig sei, was aus ökonomischen Zwängen heraus passiere, was auch deshalb passiere, weil Pflanzenschutzmittel ein günstiges Mittel seien, um den Ertrag abzusichern. Von daher sei da nach seiner Meinung nach viel mehr möglich, als man heute im Moment mache.

Dr. Ralf Nolten (CDU) hält fest, dass die Wirkstoffmengen, bezogen auf den Hektar, deutlich runtergegangen seien. Auch da gebe es Weiterentwicklungen, wenn er sich die Polymerforschung angucke. Da komme man auch zu neuen Instrumenten. Bei den Hackgeräten habe es eine Weiterentwicklung gegeben. Die Spritze, so wie sie vor 20 Jahren gewesen sei, sei nicht mehr die Spritze von heute. Die Ausbringung der Pflanzenschutzmittel morgen werde wahrscheinlich noch eine andere sein als das Sprühen von heute.

Herr Rüße habe gesagt, das sei mit öffentlichen Mitteln gemacht worden. Wenn er sich die Hellwegbörde anschau, den Wiesenweihenschutz, hier stünden die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung, dann seien Tausende von Hektar Wiesenweihenschutz als Vogelschutzgebiet ausgewiesen. Da habe man gesagt, da gebe es die Wiesenweiher, da gebe es eine entsprechende Verantwortung, der kämen die Landwirte nach. Sie seien genauso betroffen. Wenn man in Kleve-Kellen, der Düffel 6.000 Hektar Naturschutzgebiet habe und habe da leistungsstarke landwirtschaftliche Betriebe drin – das seien nicht nur die Milchviehbetriebe, einen habe man besucht –, dann sei schon die Frage, wie die wirtschaften sollten, wenn man das in dieser Rigorosität mache. Da sei die Politik aufgefordert zu überlegen, wie man beim Vertragsnaturschutz mit anderen Anreizkomponenten weiterkomme, um da mehr zu binden. Wenn man das so kategorisch umsetze, wie das vorgeschlagen sei, dann müssten diese Betriebe ihre Wirtschaft deutlich verändern, wenn sie sie nicht sogar aufgeben müssten. Die Frage sei ja, ob sie noch auf diesen Flächen wirtschaften könnten.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) kann da im Prinzip nahtlos anschließen. Ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten sei über die Pflanzenschutzanwendungsverordnung gekommen. Das sei ja faktisch da. Auch angesichts des Wahlkampfs sei sie viel im Land unterwegs. Sie habe vorher immer gesagt, 12.000

Hektar sei nicht viel, das könne das Land Nordrhein-Westfalen entschädigen, nehme so und soviel Millionen Euro in die Hand. Dann habe man das im Griff.

In den Gesprächen mit den Landwirten habe sie festgestellt, da gehe es tatsächlich um Existenzen. Da gehe es um Betriebe, die ihre komplette Betriebsfläche im Naturschutzgebiet hätten. Das seien dann 70, 90 Hektar, das seien sicherlich ordentliche Betriebe. Denen sage man jetzt: April! April!, du musst dich umstellen. In der Verordnung heiße es, sie bekämen eine Erschwerniszulage, dann sei es das gewesen, dann müssten sie was anderes machen. Herr Schneider habe gesagt, der Vertragsnaturschutz sei Zukunftsaufgabe der Landwirtschaft.

Sie glaube, Landwirte sollten sich hauptsächlich mit der Nahrungsmittelerzeugung beschäftigen. Das sei ein ganz anderes Thema. Sie komme mit diesem kategorischen Verbot, wenn sie sich auch noch mit Pufferzonen drumherum befassen müsse, angesichts dessen, wie viele Betriebe große Betriebsflächen in den Naturschutzgebieten hätten, nicht klar. Sie habe immer gedacht, der nordrhein-westfälisch Weg sei nicht der Verbotsweg, unabhängig davon, dass man das Verbot jetzt habe, sondern der Weg zu sagen, man wolle partnerschaftlich versuchen, zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zusammenzuarbeiten.

Sie finde es gut, wenn man fordere, einen Pflanzenschutzbericht vorzulegen. Das sei eine gute Idee, so etwas vielleicht tatsächlich zu machen, um zu schauen, wie sich das in Nordrhein-Westfalen entwickle. Nach dem, was sie jetzt erfahren habe, und wenn man noch einmal Pufferzonen drum herum bilden solle, was quasi als Ordnungsrecht statt als partnerschaftliches Instrument umgesetzt werden solle, da sei sie sehr skeptisch. Seit Anfang September gelte die Pflanzenschutzanwendungsverordnung. Die Landwirte hätten vier Monate Zeit gehabt, sich darauf einzustellen. Das sei sportlich. Ihr Wunsch sei zu überlegen, ob man diese Ziele nicht viel besser mit Kooperationen hinbekomme – die Ziele würden richtig beschreiben, das sei ja nicht falsch, sondern im Gegenteil –, statt zu sagen, man haue direkt mit den Ordnungsrecht da rein. Wenn dann 20, 40, 60 Betriebe über die Wupper gingen, dann sei es eben so. Das sei nicht ihr Politikansatz, müsse sie ganz offen sagen, auch wenn sie dasselbe Ziel vertrete. Nur ihr Weg sei ein anderer.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/12048 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/12055 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
67. Sitzung (öffentlich)

22.09.2021
sd-yö

5 Sinnlose Zettelwirtschaft – Kassenbonpflicht für Umwelt und Wirtschaft abschaffen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14060

(Überweisung des Antrags an den AULNV – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 17.06.2021)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/14060 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

6 Wie stark sind in NRW Kleingewässer mit Pestiziden belastet? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)

Vorlage 17/5512

Vorlage 17/5724

Ina Spanier-Oppermann (SPD) bedankt sich für den Bericht – Vorlage 17/5724. Sie habe dazu einige Fragen. Einmal wüsste sie gerne, welche gezielten Maßnahmen gegen den Insektenrückgang sich für die Landesregierung aus der Studie ergäben und welche dieser Maßnahmen die Landesregierung in dieser Wahlperiode noch umsetzen wolle.

Eine weitere Frage stelle sich aus dem Ergebnis dieser Studie. Sie frage, wie und in welcher Form sich die möglichen Maßnahmen gegen den Insektenrückgang auf die in der Vorlage genannten drei Landschaftstypen bezögen.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) gibt an, mit der Pflanzenschutzanwendungsverordnung lägen die Anforderungen zu Gewässerrandstreifen vor. Damit beschäftige man sich gerade im Haus intensiv. Sie könne noch nicht im Detail sagen, was wie genau gemacht werde. Aber innerhalb der nächsten Wochen werde das Haus dazu einen Vorschlag unterbreiten.

RR André Seitz (MULNV) legt dar, das Umweltministerium habe 2018 die Literaturstudie an die Universität Osnabrück vergeben. Die Universität Osnabrück habe seinerzeit die vorhandene Fachliteratur ausgewertet und habe einen abschließenden Bericht zur Verfügung gestellt, in dem die Lebensraumtypen Agrarlandschaft, also Ackergrünland, die Siedlungsbereiche als auch die Wälder untersucht worden seien. Diese drei Landschaftstypen würden den überwiegenden Flächenanteil von Nordrhein-Westfalen repräsentieren.

Die zentrale Aussage der Literaturstudie sei, dass die Rückgangsursachen der Insekten relativ gut in der Literatur untersucht seien und dass insbesondere die Nutzungsintensivierung in der Landwirtschaft einerseits, andererseits auch die Zerstörung von Lebensräumen zu diesem Insektenrückgang beigetragen hätten und dass letzten Endes eine Extensivierung der Landnutzung und auch die Biotop-Vernetzung wichtige Strategien seien, um diesem Insektenrückgang zu begegnen.

Die Landesregierung ziehe daraus folgende Schlüsse, insbesondere für den Bereich Agrarlandschaft: Im Bereich der Agrarumweltförderung – die Biologischen Stationen hätten es genannt –, dem Vertragsnaturschutz, allerdings mit anderen Extensivierungsmaßnahmen, die im Bereich der Umweltförderung angeboten würden, könne man sehr gute Erfolge erzielen, um eine praktikable Landbewirtschaftung sicherzustellen und natürlich auch einen deutlichen Mehrwert für die biologische Vielfalt erzielen zu können.

Die Zahlen seien im Umweltausschuss in der Vergangenheit schon genannt worden. Sie hätten erfreulicher Weise deutlich zugenommen. Mittlerweile habe man schon

295.000 Hektar erreichen können, die im Sinne des Naturschutzes entsprechend bewirtschaftet würden. Für die Waldlebensraumtypen werde auch darauf hingewiesen, dass auch hier in Zukunft auf strukturreiche Wälder gebaut werden sollte. Hier habe die Landesregierung in den letzten Jahren mit dem Waldbaukonzept entsprechende Schritte in die Wege geleitet, um die Waldbewirtschaftenden diesbezüglich auch zu unterstützen. Zusätzlich sei nach seiner Auffassung der Staatswald NRW, was das Thema Nachhaltigkeit anbelange, sehr gut aufgestellt. Die Prozessschutzflächen im Staatswald NRW lägen deutlich über 10 %, wobei man dem Schutz von totholz-bewohnenden Insekten sehr gut Rechnung tragen könne. Zusätzlich habe auch der Staatswald NRW mittlerweile ein Biotopholzkonzept für den bewirtschafteten Staatswald entwickelt, in dem zusätzlich entsprechende Biotopbäume im bewirtschafteten Staatswald den Arten zu Verfügung gestellt würden.

Für den Siedlungsbereich sei auch von der Europäischen Union die Grüne Infrastruktur in den vergangenen Jahren als Strategie entwickelt worden. Hier habe die Landesregierung in den letzten Jahren erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt, um den Naturschutz im Siedlungsbereich entsprechend zu fördern. Er verweise insbesondere auf den Regionalverband Ruhr, der derzeit eine regionale Biodiversitätsstrategie erarbeite, die letzten Endes auch als Blaupause für die übrigen Siedlungsbereiche des Landes NRW dienen solle. Hier sei das Land gut aufgestellt.

Den Rest der Fragen könne man im Detail schriftlich beantworten, sagt **Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV)** zu.

Dr. Ralf Nolten (CDU) hat den Bericht gelesen und fragt sich, welche praktische Relevanz der Bericht für einen Abgeordneten im Ausschuss habe. Er frage, ob die Grenzwerte in der praktischen Anwendung überschritten würden. Dazu mache der Bericht keine Aussage. Es gehe um die Persistenz im Boden, in den Gewässern, wo Abbauprodukte von Pflanzenschutzmitteln mit eingebunden würden, die im Mais zum Einsatz kämen. Wenn man in der Fruchtfolge am Standort öfter Mais nacheinander habe, verwundere es nicht, dass sich entsprechende Rückstände des Produkts bzw. Metaboliten stärker feststelle ließen. Er habe dem Bericht entnommen, dass man bei der Zulassung der entsprechenden Pflanzenschutzmittel darauf achte, realistische Zeitläufe zu unterstellen.

Angesichts dieser wenigen Proben stelle sich auch die Frage der Nachweisteknik. Die Frage, ob man etwas feststellen könne, ja oder nein, sei wie der berühmte Würfelzucker im Bodensee. Der Würfelzucker im Bodensee sei durchaus interessant. Man könne nach einer bestimmten Zeit etwas im Wasser bzw. im Boden feststellen. Von dort werde es abgeschwemmt. Die Relevanz in der tatsächlichen Bewirtschaftung erschließe sich hieraus nicht.

Ob es nur um den Würfelzucker im Bodensee gehe, da sei er sich nicht ganz so sicher, ob Dr. Nolten da richtig liege, betont **Norwich Rüße (GRÜNE)**. Er habe eine konkrete Nachfrage. Das Spannendste an dem Kleingewässer-Monitoring sei, dass man sehr

gezielt die Messungen nach Regenereignissen vorgenommen habe. Das heiße, man habe sich den Moment rausgesucht, in dem Abschwemmungsgefahr da sei. Man habe dann geguckt, wie sich das möglicherweise ausgewirkt habe, ob jetzt etwas zu finden sei. Dann hätte er gerne gewusst, ob es etwas Besonderes sei, das so zu machen, wie normalerweise Pflanzenschutzmittelrückstände in Gewässern nachgewiesen würden, ob man das irgendwann mal mache. Er wisse, dass zum Beispiel Gelsenwasser immer sage, dass sie am Halterner Stausee immer genau wüssten, wann es ein Starkregenereignis gebe. Jetzt könne man die Aktivkohle rausholen, in ein paar Tagen werde es da sein. Sie wüssten, wie es nach Regenereignissen ablaufe. Ihn interessiere, wie das ansonsten gemacht werde. Dieses Verfahren habe eine gewisse Logik. Man finde dann auch eher etwas.

LMR'in Dr. Sibylle Pawlowski (MULNV) gibt an, das werde normaler Weise im Rahmen des Monitorings gemacht. Da gebe es vorgegebene Stichpunkte, wann gemessen werde. Da möge es mal geregnet haben, mal nicht. Im Monitoring Grundwasser und Monitoring Oberflächenwasser werde nicht nach Regenereignissen terminiert. Da gebe es Zyklen, innerhalb derer man messe. Da werde eine Probe entnommen und auf verschiedene Stoffe untersucht, nicht nur gezielt auf PSM. Es sei aber bekannt, dass PSM nach Regenereignissen angeschwemmt würden. Es sei eines der Ziele dieses Monitorings zu gucken, ob es Unterschiede zwischen den Proben nach Regenereignissen und den nicht entsprechend terminierten Proben gebe. Das sei einer der Hintergründe, weswegen man das so gemacht habe. Natürlich guckten die Wasserversorger und wüssten auch, dass, wenn es geregnet habe, abgeschwemmt werde. Das sei jetzt nichts berraschendes. Das sei jetzt nur verifiziert worden und in eine Relation gesetzt worden.

Norwich Re (GRÜNE) fragt nach, ob sich die Landesregierung veranlasst sehe, die eigenen Beprobungen zu verändern. Im Prinzip müsste man, um die Gesamtbelastung eines Gewässers, eines kleinen Grabens festzustellen – wie viel Stoff innerhalb eines Jahres eingetragen werde –, permanent messen. Aber wenn man ein zufällig festgelegtes Datum hätte, viermal im Jahr, dann wäre so ein Regenereignis zufällig mit drin, aber es sei eher unwahrscheinlich. Es könne ja sein, dass man immer an der Eintrags-situation vorbei beprobe. Er wüsste gerne, ob die Landesregierung, um die tatsächliche Belastung der Gewässer mit Einträgen von Pflanzenschutzmitteln festzustellen, an der Messmethode etwas verändern wolle.

LMR'in Dr. Sibylle Pawlowski (MULNV) antwortet, die Diskussion werde im fachlichen Raum geführt. Die Erkenntnis sei jetzt verifiziert worden, dass man bei Stoßbelastungen andere Werte habe. Jetzt überlegten die Kollegen. Man könne schlecht ein flächendeckendes Monitoring durchführen, immer wenn es regne, rcke die Truppe raus. Das sei schwierig zu organisieren. Mittlerweile sei deutlich geworden, gerade durch dieses Kleingewässer-Monitoring, dass man bei Pflanzenschutzmitteln die Monitoring-Ergebnisse nach OGewV mit einer gewissen Zurückhaltung betrachten müsse. Sie seien

richtig und falsch. Die Diskussion, wie man damit umgehe, gebe es, nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Das diskutiere die Wasserwirtschaft.

Dr. Ralf Nolten (CDU) ist Herrn Rüße dankbar für die Frage. Wenn man auf der einen Seite Schätzproben habe, auf der anderen Seite Ereignisproben, dann hätte er erwartet – man habe nur wenige Messstellen –, dass man vielleicht auch überlege, ob man nicht an einem Bach dann auch bestimmte Messvorrichtungen habe, wenn der Wasserspiegel eine bestimmte Höhe erreiche, zum Beispiel nach einem Starkregenereignis, dass man dann automatisch eine Schöpfung habe und eine entsprechende Mitteilung, Wasserprobe gezogen. Dann gehe man vorbei und entnehme die. Das könnte er sich technisch vorstellen. Das könnte – da gebe er Kollegen Rüße recht – interessant sein im Rahmen dieses Monitorings.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.)

7 FFH-Klage der EU-Kommission: Welche Konsequenzen ergeben sich für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5711

8 Überwachung der Rahmenbetriebspläne für übertägige Abbaustätten von Lockergestein in NRW *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5745

René Schneider (SPD) bedankt sich für den Bericht, der aus dem Wirtschaftsministerium komme, weil es um Flächen aus der Bergaufsicht gehe. Am vergangenen Freitag habe ein ähnliches Thema eine Rolle gespielt. In der vergangenen Woche habe man im Unterausschuss für Bergbausicherheit die Frage von Tagebauen und die Frage von Hochwasserrisikobewertung angesprochen. Diese Diskussion würde er gerne öffnen auf die BSAB-Flächen, die nicht unter Bergaufsicht stünden.

Aus Erftstadt-Blessem habe man am vergangenen Freitag gelernt, dass die Landesregierung, namentlich das Wirtschaftsministerium, schon einen Anlass sehe, sich aktuelle Tagebaue anzuschauen bzw. auch die Genehmigungspraxis für neuen Tagebauen daraufhin zu untersuchen, ob bei Hochwasser, bei Starkregen eine Gefahr bestehe, dass da etwas Ähnliches passieren könnte wie in Erftstadt-Blessem. Man habe gehört, dass es 81 Flächen gebe, die unter Bergaufsicht stünden. Davon seien 13 tatsächlich in überschwemmungsgefährdeten Gebiete oder in Überschwemmungsgebieten.

Worüber der Ausschuss am vergangenen Freitag aufgrund der Zuständigkeiten nicht habe reden können, seien die knapp 350 anderen Flächen, die es in Nordrhein-Westfalen gebe, die nicht unter Bergaufsicht stünden. Die Kernfrage sei, dass man das Umweltministerium in der Pflicht als verantwortlich für die Wasserhaltung in Nordrhein-Westfalen oder die Fragen des Hochwasserschutzes sehe. Er frage die Ministerin, wie sie auf die Empfehlung des Ministerkollegen Dr. Pinkwart reagieren wolle, der in dem Bericht klarmache, man müsse die Genehmigungspraxis überprüfen und man müsse die aktuellen Tagebaue überprüfen.

Wenn das schon unter der Bergaufsicht so sei, dann stelle er sich vor, dass das für alle anderen bergbaulichen Tätigkeiten genauso gelten müsse, weil man da ja keinen Unterschied machen könne. Er frage, ob die Ministerin das auf dem Schirm habe, bis wann das fertig sein werde. Die Antwort könne auch gerne zu Protokoll gegeben werden.

Dann wüsste er noch gerne, was mit der Wasserschutzgebietsverordnung sei. Eine Runde habe man wohl im Kabinett noch in der nächsten Woche. Das werde wohl knapp.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) antwortet, die Wasserschutzgebietsverordnung sei am Vortag im Kabinett verabschiedet worden, sodass sie, wie im Gesetz vorgesehen, in Kraft treten könne.

Frau Dr. Pawlowski und Sie hätten sehr schnell nach der Hochwasserkatastrophe miteinander darüber gesprochen, was Kiesgruben und ähnliches angehe. Sie sei von vornherein der Auffassung, dass die Genehmigung überprüft werden müsse. Man sei auch schon länger an dem Thema. Der wasserwirtschaftliche Aspekt betreffe den einen Teil beim Genehmigungsverfahren. Sie hätte aus alter Erfahrung nichts dagegen, sich noch mehr in die Bergsicherheitsfragen einzumischen. Die Geschäftsverteilung innerhalb der Landesregierung sei leider eine andere. Das sei vielleicht auch gut so. Man sei an diesem Thema intensiv dran und könne dazu gerne noch schriftlich ausführen. Sie habe sich auch mit der Kölner Regierungspräsidentin, Frau Walsken, ausgetauscht, auch um welche Kiesgruben es sich beispielsweise in ihrem Regierungsbezirk handele und auch bezüglich derjenigen, die perspektivisch in der Genehmigungsphase seien.

LMR'in Dr. Sibylle Pawlowski (MULNV) legt dar, man sei an der Sache dran. Das dränge sich nun auf. Blessem betreffe die Bergaufsicht. Das könne jederzeit etwas anderes sein. Nun gebe es das Problem, dass man keine zentrale Behörde habe, die das alles wisse und in den Akten habe. Es gebe viele untere Wasserbehörden. Man habe Hemmungen in den jetzigen Zeiten gehabt, an untere Behörden, vor allen Dingen in den betroffenen Gebieten ranzugehen. Man habe überlegt, wie man es anders hinkomme. Es habe eine sehr gute Zuarbeit des MWIDE gegeben.

Es gebe ein Abbaumonitoring. Gewisse Kenntnisse seien da, das liege mittlerweile vor. Man sei zurzeit mit der Bezirksregierung Düsseldorf, die das zentral übernommen habe, in der Diskussion, welche weiteren Kriterien man aus den GIS-Daten schon jetzt nehmen könnte, um zu sehen, wo es gefährdete Bereiche gebe. Die Überschneidung mit den überschwemmungsgefährdeten Flächen sei klar. Das sei Gesetz. Die andere Frage sei, was es noch an Informationen aus GIS gebe, die man gleich mit rausziehen könne wie z. B. Steilheit der Böschung, um aus diesen Daten einen guten Eindruck zu bekommen, ohne im Einzelfall alle abzuklappern, ob es Indizien dafür gebe, ob das ein Problem sei.

Der Prozess sei noch nicht abgeschlossen. Man sei dran. Sie könne jetzt nicht verbindlich sagen, man sei in 2, 3 Wochen fertig. Da müsste sie noch einmal nachfragen. Da habe man sich abgestimmt. Manchmal sei es auch Zufall, ob eine Sache unter Bergrecht falle oder unter Abgrabungsrecht. Wasserrecht sei nur dran, wenn da Wasser sei. Dann sei es weniger problematisch. Blessem sei auch ein Problem gewesen, weil da nichts drin gewesen sei. Das sei eingestürzt. Die wasserrechtlich zugelassenen Bodenschatzgewinnungen seien weniger problematisch, da könne weniger passieren. Problematisch seien eher die sogenannten Trockenabgrabungen mit einem „Loch“. Man sei selbstverständlich da dran.

9 Wie plant die Landesregierung, die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) zu fördern? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5727

Annette Watermann-Krass (SPD) bedankt sich für den Bericht. Vor zwei Jahren habe der Ausschuss bei der Haushaltseinbringung von der Ministerin gehört, dass die Strategie fortgesetzt werden solle. Nun habe man das Jahr 2021. Es heiße, dass es noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden solle. Entweder gehe die Ministerin davon aus, dass sie das in der nächsten Wahlperiode nicht mehr zu verantworten habe, oder sie könnte, wobei sie noch ein halbes Jahr etwas vorlegen könnte, sagen, wann es soweit sei, wann die Strategie vorliege. Einen Plan oder eine Strategie müsste man haben. Jetzt gebe es zwar einen leichten Aufwuchs, es gebe 25 Stellen. NRW habe 31 Kreise und 22 kreisfreie Städte. Biologische Stationen gebe es immerhin 40, über das Land verteilt. Es sei nicht richtig erkennbar, ob es da eine Strategie gebe oder ob man auf Zeit setze.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) betont, die Fortschreibung der Strategie sei ein Auftrag, den es aus dem Kabinett gebe. Das sei beschlossene Sache. Es liege bereits ein Entwurf vor. Sie habe sich bei Frau Dieckmann vergewissert. Das werde noch etwas in dieser Legislaturperiode, wenn man ganz sportlich sei, vor Weihnachten.

Bianca Winkelmann (CDU) bedankt sich für den Bericht. Er zeige deutlich den Aufwuchs der zur Verfügung stehenden Mittel und den Aufwuchs der Entwicklung des ganzen Netzwerks insgesamt, auch was die Anzahl der Akteure angehe. Das seien keine geringen Aufwüchse, das sei schon sehr beachtlich. Wenn man sehe, dass die Gesamtausgaben und die geplanten Ausgaben der Förderprogramme der BNE-Umweltbildungseinrichtungen von 862.000 Euro auf mittlerweile geplant 2,4 Millionen Euro angestiegen seien, dann sei das ein großartiger Erfolg des Ministeriums, was ihre Fraktion sehr gerne unterstütze. Auch sie sehe, dass das Thema Umweltbildung insgesamt nach vorne getragen werden solle. Man habe es bei den Damen der Biologischen Stationen schon gehört. Herzlichen Dank, dass das Thema einen so wichtigen Umfang im Ministerium einnehme.

Norwich Rüße (GRÜNE) schließt sich dem gerne an und freue sich als Grüner, dass Frau Winkelmann es gerade so formuliert habe. Das unterstütze seine Fraktion.

10 Fragen zur Explosionsursache im Chempark weiterhin offen (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5729

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) bittet, da die Bezirksregierung neue Erkenntnisse veröffentlicht habe, Herrn Dr. Büther zunächst das Wort zu geben, um zu den neuen Erkenntnissen, dem zweiten Bericht des Gutachters, auszuführen.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln) führt aus:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir haben am Freitag einen zweiten Zwischenbericht von dem Gutachter erhalten, der die Explosion in Bürrig untersucht. In diesem Gutachten sind in erster Linie experimentelle Untersuchungen beschrieben worden, die in Zusammenhang mit der Explosion durchgeführt worden sind. Dazu sind Proben von dem Abfall untersucht worden in verschiedenen Experimenten, um nachzuvollziehen, ob die Hypothese, die vom Gutachter im ersten Gutachten aufgestellt worden ist, dass es sich um eine Zersetzung des Abfalls gehandelt hat, die sich mit steigender Temperatur beschleunigt hat und letztlich zur Explosion geführt hat, richtig ist.

In verschiedenen Experimenten ist die Probe erhitzt worden. Man hat dabei festgestellt, dass sich die Probe von selbst weiter erhitzt, wobei die Temperatur unter Druck exponentiell angestiegen ist. In einem Experiment hat sich insbesondere gezeigt, dass in der letzten viertel Sekunde der Druck- und Temperaturanstieg so stark war, dass die Messzelle explodiert ist – genau das, was auch mit dem Tank passiert ist, ließ sich experimentell nachvollziehen. Das heißt, dass die Hypothese, die aufgestellt worden ist, durch diesen zweiten Zwischenbericht unterstützt wird.

Norwich Rüße (GRÜNE) bedankt sich für den Bericht, der als Neuigkeit vor allem den Namen der Firma freigebe, die den Stoff erzeugt habe. Es sei kein kleines Unternehmen, es sei ein amerikanisches Chemieunternehmen mit einem Umsatz von 4 Milliarden Euro, also schon eine Hausnummer. Der Stoff sei in Dänemark produziert worden. Es habe auch einen MONITOR-Bericht gegeben. Am Anfang habe man die Theorie gehört, dass es ein Temperaturanstieg in dem Tank gegeben habe. In dem MONITOR-Bericht sei von Peroxid gesprochen worden, einem stark reagierenden Stoff. Er frage, ob es dieser Stoff sei.

Irgendwann werde man wissen, wie das alles genau abgelaufen sei. Nach vorne formuliert, könne er sich für seine Fraktion nicht vorstellen, dass dieser Standort in dieser dicht besiedelten Region, wenn dort so eine Sondermüllverbrennungsanlage wieder aufgebaut werde, auch in Zukunft dafür da sei, Müll aus ganz Europa zu verbrennen. Aus seiner Sicht müsse das Unternehmen sich darauf konzentrieren, dass die am

Standort anfallenden Stoffe verbrannt würden. Dass dort aus Dänemark und sonst woher in diese Region Stoffe geliefert würden, das halte seine Fraktion für grundfalsch.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) erwidert, das sei eine politische Frage, die man in Nordrhein-Westfalen auch intensiv diskutieren müsse. Das sehe sie generell. Das betreffe nicht nur das, was auf einer Sondermüllverbrennungsanlage in Nordrhein-Westfalen verbrannt werde, sondern was auch in die Deponien an gefährlichen Abfällen komme. Das Thema höre da nicht auf.

Sie könnte sich vorstellen, das man dazu eine Anhörung gesondert mache, um zu erkennen, wo man politisch hin wolle und welche Verabredungen man zum Beispiel auch mit anderen Bundesländern habe. Hier gehe es um Europa, von Dänemark nach Deutschland. Das sei wieder etwas anderes. Die Themen habe man auch innerhalb von Deutschlands, dass das Land Niedersachsen netterweise den mittlerradioaktiven Abfall nehme, NRW dafür andere Abfälle nehme oder dass in NRW verbrannt werde. Sie finde, es sei eine der zentralen politischen Fragen, die man im Bereich Abfall tatsächlich zu klären habe, ob hier die arbeitsteilige Welt gelte oder nicht.

Bevor die Kollegen fachlich dazu etwas sagen würden, wolle sie ihre politische Einschätzung dazu abgeben. Dass in NRW bestimmte Situationen da seien, weil NRW so ein starkes Industrieland sei, und dass dieses Industrieland anders aufgestellt sei als andere Bundesländer beispielsweise, spiele hier eine Rolle. Vielleicht könnten die Kollegen noch eine rechtliche Einschätzung vornehmen. Es sei rechtlich nicht so einfach, einer Firma, die eine Betriebsgenehmigung habe, zu untersagen, Abfälle zu verbrennen.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln) betont, es werde schwierig, tatsächlich da Unterschiede zu machen. In Europa gebe es einen freien Wahlverkehr und eine entsprechende Gesetzgebung. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz sei auch kein rein deutsches Gesetz, sondern gründe auf europäischer Gesetzgebung. Von daher müsse man, wenn man das nicht politisch entscheiden wolle, sich schon überlegen, ob es tatsächlich möglich sei, da entsprechend Einschränkungen zu machen. Was man machen könne, sei, dass bestimmte Abfallarten von der bestimmten Anlage nicht angenommen werden dürften. Das sei aber unabhängig davon, ob die Stoffe aus einem europäischen Ausland kämen oder aus Deutschland kämen. Da gebe es Einschränkungen, die man machen könne, den Abfallkatalog festlegen. Bei der anderen Fragestellung sehe er es auch etwas kritisch.

Dr. Ralf Nolten (CDU) erinnert an die Diskussion über die DK III-Deponien, wo man festgestellt habe, das man in Deutschland relativ wenig Deponievolumen habe. Die Problematik sei, dass man immer mehr Stoffe habe, die DK III-deponiepflichtig würden auf der einen Seite. Der Bundesverband der Sekundärrohstoffe habe auch darauf verwiesen, dass die Zulassung der Rückgewinnung von entsprechenden Rohstoffen auch sehr zeitintensiv sei. Nur die alleinige Betrachtung, was man in einer Sondermüllverbrennungsanlage verbrennen dürfe oder was man in eine DK III-Deponie verbringen dürfe, bringe da nicht weiter. Deswegen müsse man auch die Genehmigungsverfahren

und die Zulassung direkt mit betrachten. Das sei ein Problem, dass die Politik insgesamt in wenigen Jahren einholen werde. Das sei die Einschätzung aller Experten in der Anhörung gewesen.

Andreas Keith (AfD) kommt darauf zurück, dass Herr Dr. Büther gesagt habe, dass es beim zweiten Gutachten auch den Versuch gegeben habe und dass im Labor etwas explodiert sei. Er wüsste gerne, über welchen Zeitraum man da spreche, wie lange es gedauert habe, bis es zu der Explosion gekommen sei, vom Ansetzen des Versuchs bis zur Explosion.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln) antwortet, das habe nicht sonderlich lange gedauert. Er könne jetzt nicht die genaue Zeit sagen. Am Anfang werde die Probe erste einmal aufgeheizt, dann habe sich das Ganze im Stundenbereich abgespielt. Wie gesagt, der eigentlich hohe Temperaturanstieg und Druckanstieg sei in der letzten viertel Sekunde gewesen. Wenn man eine solche E-Funktion vor Augen halte, dann sehe man ziemlich deutlich, dass der große Anstieg ganz zum Schluss komme. Das sei so stark gewesen, dass da auch die Messzelle explodiert sei.

Norwich Rüße (GRÜNE) erkundigt sich, ob durch den Versuch ein vermutetes Ergebnis bestätigt worden sei, dass man es also habe vorhersehen können. Auch wüsste er gerne, ob es Protokolle gebe, was in den Tank in welcher Reihenfolge eingefüllt worden sei, ob man das Geschehen durch den Versuch habe darstellen können.

Dann interessiere ihn noch, ob das Unternehmen, wenn es an dem Standort wieder aufgebaut werde, für den Standort überhaupt eine Genehmigung bekomme.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln) führt aus, es sei ja nicht in verschiedener Reihenfolge irgendetwas eingefüllt worden, sondern es sei der Abfall gewesen. Das sei der Abfall, der angeliefert worden sei, er sei getestet worden in verschiedenen Versuchen. Die Versuchsanordnung sei so angelegt gewesen, dass man seine Hypothese habe bestätigen wollen, die man ursprünglich gehabt habe. Die Hypothese sei dadurch mit einiger Wahrscheinlichkeit tatsächlich bestätigt worden.

Die Verbrennungsanlage habe eine Genehmigung. Das Tankfeld sei nicht mehr da. Die Verbrennungsanlage habe auch Schaden genommen durch die Explosion des Tankfeldes. Bevor die wieder in Betrieb gehen können, müsse der Schaden behoben werden. Es müssten Gutachten erstellt werden, ob die Anlage überhaupt betriebsbereit sei. Bevor sich die Frage stelle, ob die Produktion wieder aufgenommen werden könne, gebe es Verhandlungen, dass die Feststellung, ob die Anlage wieder in so einem Zustand sei, dass sie wieder angefahren werden könne, durch unabhängige Gutachter noch einmal überprüft werde. Ähnlich wie in Sachen Shell wolle man ein unabhängiges Gremium zusammenstellen, um genau diese Fragestellung zu behandeln.

Auf der einen Seite gehe es darum, ob das Sicherheits-Managementsystem des Betreibers vernünftig und durchdacht sei und ob es alle Fälle berücksichtige, die vor-

kommen könnten, auf der anderen Seite gehe es darum, ob die Anlage in einem Zustand sei, dass sie tatsächlich wieder in Betrieb gehen könne.

Andreas Keith (AfD) hält fest, der Zeitraum sei nicht allzu lange gewesen, die letzte Sekunde habe zur Explosion geführt. Der Stoff, der explodiert sei, sei der Abfallstoff, der auch angeliefert worden sei. Er frage, ob dann auch eine Explosion auf dem Transport hätte passieren können und was da anders gemacht worden sei. Der Stoff sei aus Dänemark gekommen. Der Stoff sei ja durch dicht besiedeltes Gebiet transportiert worden. Er frage, ob das auch auf dem Transport hätte passieren können.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln) antwortet, soweit sei man noch nicht. Es seien verschiedene Temperaturanstiege im Gespräch, ab wann diese Reaktion tatsächlich losgehe. Er habe die Pressemitteilung, die gestern herausgegeben worden sei, vorher mit der Staatsanwaltschaft abgestimmt. Das sei der Punkt, wo die Staatsanwaltschaft sage, das sei ein Kernbereich der Untersuchungen, was die Temperaturfragestellungen angehe. Dazu sollten noch keine Aussagen gemacht werden. Man sei noch an der Sache dran, könne aber noch keine Aussagen dazu tätigen, ob das da hätte passieren können.

Andreas Keith (AfD) wiederholt, man könne das nicht ausschließen und sei noch an den Ermittlungen dran. Rein theoretisch könnte es passieren, dass bei ähnlichen Voraussetzungen beim Transport dieser Stoffe die Gefahr bestehe, dass das auch auf dem Wege passieren könnte. Da müsste man doch vorsorglich sagen, dass man auch den Transport solcher Stoffe grundsätzlich nicht zulassen dürfe, damit das gesichert sei. Man wisse nicht, was Sache sei, transportiere einen Stoff und wisse nicht, wie lange der unter den Voraussetzungen brauche, bis es zur Explosion komme. Und so etwas werde täglich in Deutschland transportiert.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln) geht nicht davon aus, dass der Stoff täglich transportiert werde. Es sei ein spezifischer Stoff eines Abfallherstellers aus Dänemark. Man habe sowohl die Firma in Dänemark als auch deren Abfallabnehmer gewarnt, auch am Vortage wieder gewarnt, gerade mit Blick auf die Temperaturen, und ihnen gesagt, dass die entsprechenden Untersuchungen liefen, dass die Firmen Bescheid wüssten, dass es da Probleme gebe.

René Schneider (SPD) hält fest, der Stoff sei, so wie er sei, angeliefert worden. Die Hypothese sei, wenn dieser Stoff erhitzt werde, werde er wahrscheinlich explodieren, deswegen erhitze man ihn erst einmal nicht. Dann müsse er aber im Chempark erhitzt worden sein, weil es sonst zu dieser Explosion nicht gekommen wäre. Irgendeiner müsse quasi die Flamme angemacht haben.

RB'r Holger Stürmer (MUNLV) ergänzt, dass dieser Stoff temperaturempfindlich sei, sei nicht erst durch diesen Schadensfall aktenkundig. Es sei dem Hersteller, dem

Abfallerzeuger durchaus bekannt. Deswegen gebe es auch begleitende Unterlagen, die darauf hinwiesen, dass der Stoff eine bestimmte Temperatur bei der Lagerung nicht überschreiten dürfe. Ob dieses Datensicherheitsblatt korrekt sei, ausreichend sei, ob es beachtet worden sei, das seien genau die Fragen, die die Staatsanwaltschaft jetzt klären müsse. Es sei aber nicht so, dass es eine Blackbox gewesen wäre, die aus Dänemark komme, die hier unwissentlich zur Explosion gebracht worden sei. Dass das ein problematischer Abfall sei, das sei auch dem Erzeuger bekannt und auch dokumentiert.

11 Boden- und Gewässerproben nach dem Hochwasser (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5714

Norwich Rüße (GRÜNE) bedankt sich für den Bericht. Was ihn immer wieder überrasche, sei, dass am Ende der Landwirt dafür gerade stehen müsse, dass die Futtermittel unbedenklich seien. Er habe die Verantwortung, die nehme ihm keiner ab. Er frage, wer dieses Restrisiko tragen wolle.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) gibt an, man habe den Landwirten empfohlen, Proben nehmen zu lassen, Gutachter zu bestellen. Sowohl die Probenentnahmen als auch die Gutachten werden über die Wiederaufbauhilfe finanziert. Die Landwirte hätten in Vorlage gehen sollen, als die Wiederaufbauhilfe noch nicht da gewesen sei. Jetzt könnten sie diese Kosten für Beprobungen und für Begutachtungen über die Wiederaufbauhilfe abrechnen. Wenn es getestet worden sei und man feststelle, es sei in Ordnung, dann hätten sie das Gutachten an der Seite, das ihnen das bestätige. Wenn sie es nicht gemacht hätten, seien sie in der Tat auf eigenes Risiko unterwegs. Wenn es nicht mehr in den Verkehr gebracht werden könne, dann könnten sie das wieder über die Aufbauhilfe Landwirtschaft abrechnen.

12 Preiskrise am Schweinemarkt (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5728

Norwich Rüße (GRÜNE) hält fest, die Lage sei dramatisch, das beschreibe der Bericht auch. Die Frage Umbau der Tierhaltung, Frage TA Luft – diese Punkte würden erwähnt. Mittlerweile sei es so, wenn man mit großen Sauenhaltungsbetrieben spreche, die vielleicht 400 Saunen hätten, selbst die sagten, ihnen gehe die Puste aus. Die Lage sei mehr als dramatisch. Man erlebe jetzt seit Jahren, dass der Schweinezyklus nicht mehr aufgehe. Die Täler seien immer tiefer, die Spitzen seien relativ kurz. Dann gebe es immer wieder mal eine Erholung. Es verwundere nicht, dass sich die Schweinehaltung nach und nach verabschiede. Das könne man jetzt nur konstatieren. Da müsse einem aber noch mehr einfallen als das, was jetzt in dem Bericht drin stehe. Das sei dann auch nicht Landes-, sondern Bundes- und europäische Politik.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) führt aus, wenn man über die Situation am Schweinemarkt spreche, müsse man auch ehrlich miteinander sprechen. Man müsse ehrlich Gründe dafür benennen. Wenn Herr Rüße jetzt die Sauenhalter anspreche, dann würden die ihm auch sicherlich etwas zum Kastenstand und zur Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung gesagt haben, was das für die Betriebe an Kosten bedeute, hier umzubauen.

Corona und ASP seien sicherlich Gründe gewesen. Aber es sei auch das Problem für viele. Man habe gerade erst wieder ein Praxistest gemacht, wonach das, was an Immissionsschutzrechtliche Anforderungen, an baurechtlichen Anforderungen zum Stallbau von den Landwirten gefordert werde, könne so nicht umgesetzt werden. Wenn man mehr Tierwohl machen wolle, stoße man unweigerlich an die Grenzen. Man erlebe das, man habe das hier diskutiert. Alle hätten es befremdlich gefunden, dass Haus Düsse auch solche Schwierigkeiten beim Stallumbau habe. Nun sollte man ordentlich die Gründe benennen. Man werde sie auch politisch committen müssen, wie man mit dem Immissionsschutz umgehe, wie man mit dem Baurecht umgehe, wenn man auf der anderen Seite den Landwirten Einkommenschancen ermöglichen wolle über mehr Tierwohl. Die Fragen bekomme man nicht beantwortet. Das müsse sie einmal sagen.

Sie sei seit 3 Jahren hier Ministerin, sei gut verdrahtet in Berlin. Man bohre tiefe Bretter, und irgendwo scheitere man immer, weil jemand sage, an das Immissionsschutzrecht oder ans Baurecht könne man nicht rangehen – da mache man nicht mit. Sie habe das Gewürge in der großen Koalition hautnah mitbekommen, dass man keinen Millimeter voran komme. Sie habe immer gesagt, wachse oder weiche sei nicht die richtige Strategie. Das sei sicherlich auch ein wichtiges Thema dabei. Trotzdem könne man die Landwirte jetzt nicht im Regen stehen lassen und sagen, April, April man könne ihnen nicht helfen.

Aldi wolle in Zukunft nur noch die Tierwohlstufen 2 und 3 haben. Das werde man aber nicht mit deutschem Schweinefleisch erreichen, jedenfalls nicht die Mengen, die man normalerweise bei Aldi verkaufe. Das wüssten die Landwirte, sie wüssten, dass sie die Anforderungen von Aldi nicht erfüllen könnten, weil sie nicht in der Lage seien, die Stelle zu bauen, die sie dafür benötigten. Das sei das Problem.

Das Thema treibe sie um. Sie habe eben etwas zu den Landwirten gesagt, die ihre Flächen in den Naturschutzgebieten hätten und die Angst um ihre Existenz hätten. Bei den Schweinehaltern – viele wüssten das, weil sie aus einer Gegend kämen, wo sie noch näher dran seien – gehe die Angst genauso um. Sie stünden da und sagten, sie würden ihren Betrieb nicht mehr an den Sohn übergeben. Das könnten sie ihrem Sohn oder der Tochter nicht zumuten. Man stehe hier in Düsseldorf oder Berlin und formuliere immer neue Anforderungen, die die Schweinhalter tatsächlich erfüllen sollten.

Aber die andere Seite, die Nachfrageseite bekomme man nur sehr schwer in den Griff, sodass die Landwirte da tatsächlich mitmachen könnten. Sie gucke sich die politische Entwicklung seit 3 Jahren intensiv an. Sie sei tief enttäuscht davon, wie insbesondere in Berlin die Gesetzgebung gelaufen sei bis dahin, dass Berlin nicht in der Lage gewesen sei, das, was in der Borchert-Kommission in großer Einigkeit von allen Akteuren verabschiedet worden und entschieden worden sei, in Gesetzestext umzusetzen oder zumindest in so klaren Entschließungsanträgen, dass man damit arbeiten könne.

Annette Watermann-Krass (SPD) betont, da sei man bei Grundsatzfragen. Die Krise sei groß. Der Markt reagiere. Leuten, die vor 10, 15 Jahren ihren Warmstall gebaut hätten unter Herrn Uhlenberg, die gesagt hätten, alles sei entfesselt, jetzt gehe es in die Veredelungsbranche hinein, man baue die Ställe, denen habe man damals schon gesagt, sie müssten aufpassen, sie produzierten für den Weltmarkt. Wenn da auf einmal die Grenzen zgingen, wie etwa bei der Afrikanischen Schweinepest, dann bekomme man Probleme. Deswegen reagiere der Markt jetzt.

Wichtig sei zu überlegen, was man tun könne. Da gebe sie der Ministerin recht. Auf der Bundesebene sei es ein Totalversagen. Aber das mache sie auch mal an dieser Ministerin fest. Das sei auch die ständige Diskussion in der Enquetekommission. Man müsse zunächst einmal für alle Tierarten definieren, was denn ein Tierwohl für die Tiere sei. Dann könne man definieren, dass das Ställe von 1 bis 5 seien, wie man die Nutztiere halte. Dann brauche man ein Label. In dieser Reihenfolge müsste das auf den Weg gebracht werden. Die Borchert-Kommission habe klar sogar eine Finanzierung vorgeschlagen, wie man das hinbekomme und wie man sukzessive von einer Haltungsform in die nächste wechsele.

Landwirte bräuchten langfristige Perspektiven, wenn sie investierten, für die nächsten 10, 15 Jahre. An dieser Stelle könne sie nur sagen, da sei viel zu wenig passiert. Zu recht seien die Bauern sauer. Sie wünsche sich, dass sofort mit der neuen Bundesregierung dieses Thema angefasst werde. Die Ergebnisse lägen auf dem Tisch, Zukunftskommission, Borchert-Kommission. Jetzt müsse gehandelt werden.

Sie kommen zur Landesebene: In dem Bericht stehe, man wolle nochmal eine Bundesratsinitiative machen. Irgendwelche Gipfel, Gespräche hätten stattgefunden. Sie würde interessieren, welche Vorschläge Nordrhein-Westfalen über den Bundesrat einbringen wolle. Dann wüsste sie auch gerne, beim Stall der Zukunft solle es um die Haltungsform 2 und 3 gehen. Wenn Aldi sage, man sei aber bei 3 und 4, dann frage sie, ob das dann überhaupt noch der Stall der Zukunft sei oder ob man dann wieder im Gestern verharre.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) erwidert, wenn Aldi bereit wäre, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, mit denen man noch weitere Tierwohlstufen schaffen könne, wäre das eine andere Sache. Das Problem auf Haus Düsse müsse man vielleicht noch einmal gesondert betrachten. Darüber gebe sie gerne noch einmal einen aktuellen Bericht. Problem sei, dass man tatsächlich in der Gesamtbetrachtung des Stalls immissionsschutzrechtliche Probleme im Genehmigungsverfahren habe. Das sei heftig, aber es sei tatsächlich so. Das zeige sehr genau, wo die Probleme für den einzelnen Landwirt tatsächlich lägen.

Was die Bundesratsinitiative angehe, so habe sie vor allen Dingen den Zweck, Tempo – da sei sie bei Frau Watermann-Krass – in die Diskussion in Berlin zu bringen, um sich mit dem Thema möglichst schnell wieder zu befassen. Man sei hier nicht in der Lage, in NRW den Immissionsschutz zu verändern oder das Baurecht zu verändern. Aber die Bundesratsinitiative habe den Zweck, dass man hier auf politischer Ebene in Berlin weiter komme. Ihre Sorge sei: Wenn man sich den normalen Zeitablauf nach einer Bundestagswahl hat anschau, dann dauere es einen Monat, bis sich der Bundestag konstituiere. Dann gebe es Koalitionsverhandlungen, dann würden die Ressorts zugeschnitten. Wenn die Ressorts klar seien, kämen die Ausschüsse. Das kenne man alles aus NRW.

Bis alles so weit sei, so wage sie die Prognose, egal, wer regiere, dass man im Jahr 2022 gelandet sei. Dann säßen die Abgeordneten Kollegen in Berlin das erste Mal beieinander. Ob sie dann das Thema Schweinehaltung gleich als ihr Lieblingsthema im Landwirtschaftsausschuss ganz nach vorne treiben würden, daran setze sie ein paar Fragezeichen.

Aus diesem Grund habe man sich in Nordrhein-Westfalen überlegt, dass man Tempo in die Diskussion reinbringen wolle und damit Druck sei, sich damit tatsächlich zu befassen. Das sei die Idee dahinter. In der Bundesratsinitiative würden die Themen, die bei Borchert eine Rolle spielten, vom Immissionsschutz bis zum Baurecht eine Rolle spielen. Man werde beim Baurecht allerdings noch einmal ein Gutachten aufgeben, um genau zu gucken, was da exakt verändert werden müsse. Aber man habe mittlerweile genug Erfahrung mit Haus Düsse und den Praxistests, die man gemacht habe, gerade auch aktuell Anfang September, wie das auszusehen habe.

Wilhelm Korth (CDU) ist der Ministerin dankbar für den Gefühlsausbruch, wie sie selber gesagt habe. Es werde höchste Zeit, dass zu diesem Thema auch mal die Leviten gelesen würden. Vor Ort auf den Betrieben herrsche das blanke Entsetzen über die

Preise. Diese niedrigen Preise hätten viele Gründe. Das werde auch in dem Bericht dargestellt.

Er wolle darauf drängen, dass man bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest ein Zeichen nach Berlin sende, dass man da rigoroser vorgehe. Seine große Sorge sei, dass nach diesem Preistief wieder einmal die Kleinen auf der Strecke blieben, dass die Großen überblieben und das sich der Strukturwandel enorm beschleunigen werde. Man werde immer mehr Fremdkapital in die Landwirtschaft bekommen. Jedes Mittel, was dagegen angewandt werden könne, sei in diesem Falle gut. Er sei ganz froh über die Art und Weise, wie die Ministerin heute vorgetragen habe. Dem sei nichts mehr hinzuzufügen.

Norwich Rüße (GRÜNE) widerspricht. Er finde schon, dass dem noch was hinzuzufügen sei. Er teile vieles, was die Ministerin sage. Aber ihm fehle die Phantasie, wie man das konkret vor Ort an der einen oder anderen Stelle auflösen solle.

Im Münsterland gebe es das Cluster Schweinehaltung. Die letzten Ställe, auch insbesondere Hähnchenmastställe, seien nur noch genehmigt worden, weil Filteranlagen draufgesetzt worden seien, die die Emissionen maximal reduziert hätten. Wie man jetzt diese Schweinemastställe wieder öffnen wolle, wo man schon eine Stickstoffvorbelastung von 50 kg im Münsterland habe, das wisse er nicht. Ein Fünftel der Schweine scheiße jetzt schon durch Kamine nach oben raus. Wälder würden unter diesem Stickstoffaustrag leiden. Es gebe stickstoffsensible Naturschutzgebiete, die darunter leiden würden. Da fehle ihm die Phantasie, wie man das hinkriegen solle.

Speziell Haus Düsse würde ihn noch einmal interessieren. Er habe gefragt, was gewesen wäre, wenn man den Stall halb so groß gebaut hätte. Die Antwort darauf sei gewesen, das sei ja nicht die Praxis. Der Stall würde dadurch zu klein. Das möge so sein. Aber man hätte sehr wohl mit einem kleineren Stall zeigen können, wie Tierhaltung funktioniere. Ob das dann am Markt passe, sei für ihn erst einmal nachrangig. Erst einmal wolle er sehen, ob diese Haltung an sich funktioniere. Haus Düsse sei wirklich kein Durchschnittsbetrieb. Haus Düsse sei schon ein großer Betrieb mit Großvieheinheiten.

(Ministerin Ursula Heinen-Esser [MULNV]: Das ist der Grund!)

– Das habe man nicht überall.

Der Umbau der Tierhaltung könne aus seiner Sicht nur funktionieren, wenn er einhergehe mit einer reduzierten Tierzahl. Sonst werde es nicht funktionieren.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) erwidert, der Umbau funktioniere dann, vielleicht auch mit weniger Tieren, wenn man den Landwirten gleichzeitig die Perspektive gebe, dass sie mit weniger Tieren Geld verdienen könnten. Und diese Perspektive fehle zurzeit. Das sei das Problem, weil man mit dem Umbau nicht so vorankomme, wie es sinnvoll wäre, und weil sie die Anforderungen, die dann der Handel stelle im Jahr XY nicht erfüllen könnten, weil man in Deutschland nicht die rechtlichen Grund-

lagen habe, damit sie in den Ställen die Schweine so halten könnten, wie es der Handel dann tatsächlich verlange.

Sie habe sich sehr geärgert über die Geschichte von Aldi. Erst habe sie es toll gefunden, dass jetzt der Handel vorangehe und sage, man wolle mehr Tierwohl haben. Dann habe man es bei ihr im Haus diskutiert, was das faktisch bedeute, was das für die Betriebe bedeute. Dann habe man rein rechnerisch festgestellt, dass das so einfach überhaupt nicht gehe, was Aldi da wolle, weil man im Moment nicht die Bedingungen habe.

Ihre Vorstellung sei, dass man für eine Übergangszeit Abstriche beim Immissionschutz mache, um Tierwohlställe etablieren zu können. Das wäre für sie der richtige Weg, tatsächlich weiter zu kommen. Gleichzeitig müsse man mit dem Handel – das könne man nicht als Politik – deutliche Gespräche darüber führen, dass man auch deutsche Produkte, deutsches Fleisch explizit bewerbe und sich dafür einsetze. Denn das sei im Augenblick auch absolut nicht der Fall. Das seien jetzt kleine Themen.

Sie würde vorschlagen, dass man das noch einmal intensiver beleuchte. Das sei ihr Gefühlsausbruch gewesen, weil sie das ärgere, dass man hier politische rechtliche Probleme habe, die den Landwirten in dem Bereich das Leben enorm schwer machten. Das führe dazu, dass man in ein paar Jahren nur noch sehr wenige Schweinehalter hier habe, die entweder so groß seien, dass sie die Marktentwicklung nicht interessiere – so viele gebe es davon auch nicht –, oder viele kleinere Nischenerzeuger, aber dass dann die große Masse des Fleisches bei den Discountern von woanders herkomme. Das sei ihre Sorge.

Stephan Haupt (FDP) schickt voraus, bei der Diskussion sollte man ehrlich bleiben. Man diskutiere auf verschiedenen Ebenen, insbesondere das Thema Tierwohl. Da gebe es Aussagen, die könne man so deuten, dass verschiedenen Leute von verschiedenen Parteien überhaupt nicht daran gelegen sei, dass dieser Umbau funktioniere, dass er gelinge, weil man einfach die Tierzahl reduzieren wolle. Das sei das eigentliche politische Ziel von dem Einen oder anderen, auch hier im Raum.

Dann müsse man auch so ehrlich sein und sagen, man wolle das nicht. Man wolle nicht, dass die Ställe geöffnet würden. Da gebe es die Begründung, man habe Angst um die Umwelt, Stickstoffausträge. Dann dürfe man aber nicht zu Beginn seiner Rede sagen, die armen Schweinebauern, wie können wir denen helfen?, wenn man der Lösung gleichzeitig im Wege stehe. Da würden alle entsprechende Kompromisse machen müssen. Nun habe man sich sehr lange über dieses Thema auch auf anderer Ebene unterhalten. Der Eine sage, beim Baurecht dürfe man nichts verändern, die Ställe sollten nicht aufgemacht werden, man wolle keinen Auslauf, dann habe man mehr versiegelte Fläche. Der andere sage, Ställe sollten überhaupt nicht geöffnet werden, wenn, dann sollte das in der Eifel stattfinden. Außerdem müsse man sowieso runter von der Tierzahl.

Dann müsse man ehrlich sagen, dass man nicht wolle, dass den Schweinemästern hier in Nordrhein-Westfalen geholfen werde, dass man sie dem Markt überlasse. Dann

regele sich das, dann würden Verschiedenste das nicht überleben. Zukünftig komme dann das Schweinefleisch aus dem Ausland. Dann könne man zumindest vor Ort gucken und sagen, hier sei die Welt in Ordnung. Dann kämen die Schweine aus dem EU-Ausland oder sonst woher, wo das Tierwohl schlechter sei als hier. So ehrlich müsse man in der Diskussion auch sein. Er finde die eine oder andere Wortmeldung hier sehr scheinheilig.

Dr. Ralf Nolten (CDU) schließt sich dem Vorredner an. In dem Moment, wo man immer mehr Transportkapazitäten und immer bessere technische Möglichkeiten habe, den Transport um den Globus herum zu organisieren, habe man einen stärkeren Druck. Um so stärker schlugen sich nationale Standards im Wettbewerb nieder, das sei keine Frage.

In seiner Generation esse keiner mehr Hirn, esse keiner mehr Innereien. Schweineöhrchen, Schweinefüßchen und Ringelschwänzchen, die er in Taiwan als Spezialität kennengelernt habe, seien hier nicht gefragt. Sie müssten auf diesen Märkten abgesetzt werden, weil sie hier maximal noch im Tierfutter landeten. Das müsse man so zur Kenntnis nehmen. Man könne viel herumphilosophieren. Wer die Standards definiere, der dürfe anschließend nicht jammern, wenn die Schweinepreise nicht kostendeckend mehr da seien. Das sei einfach so. Die Ammoniakwäsche belaste den Schweinepreis mit 5 Euro je Tier.

Norwich Rübe (GRÜNE) weist den Vorwurf der Scheinheiligkeit strikt zurück. Dann könnte er genauso sagen, dann sei es scheinheilig, wenn man sich am Anfang der Sitzung mit den Biostationen zusammensetze und deren tolle Arbeit lobe, aber gleichzeitig sage, man sei aber durchaus dafür, das mehr emittiert werde. Das müsse irgendwie geregelt werden.

Worum es ihm gehe: Man habe im Münsterland in den vergangenen 20 Jahren einen Bauboom von Stallanlagen erlebt, der dazu geführt habe, dass man aus dem Landtag heraus eine Debatte geführt habe in Richtung Bund zum Baugesetzbuch, um beim Bauen im Außenbereich Begrenzungen zu bekommen. Da habe damals die CDU-Fraktion den ehemaligen Beigeordneten aus Rheine geladen. Er sei überrascht gewesen, was der da gesagt habe. Er habe gesagt, er wäre auch dafür, dass das alles geregelt werden müsste.

Die CDU habe diesen Bauboom mit entfacht. Das habe Frau Watermann-Krass richtig gesagt. Die Region Münsterland sei vollgepackt mit Stallanlagen. Er finde, es gebe Schutzgüter – das sei die Natur, das seien auch die anderen Menschen, die dort lebten –. Im Außenbereich müsse man einiges zusätzlich ertragen an Gerüchen, das könne man auch in Frage stellen, aber man müsse vielleicht nicht noch mehr an Zusatzbelastung ertragen. Es sei die Frage: Wenn an einem Standort jemand noch mal 4.000 Mastplätzen auf 5.000 oder 6.000 erhöht habe, dann habe er das nur noch unter bestimmten Auflagen geschafft.

Er sei dagegen, dass man jetzt diese Auflagen, die einen Sinn hätten, nämlich Schutz zu bieten, schleife. Er sei sehr dafür, dass dieser Betrieb – die Ministerin habe es auch

angesprochen – wieder runter müsse auf 2.500 Schweinefleisch vielleicht. Das müsse man dann möglich machen. Strikt sei er aber dagegen, dass man ermöglichen wolle, dass der seine Maximalzahl an Schweinen halten könne. Das dürfe nicht das Ziel sein.

Die Frage sei – er sei fest davon überzeugt –, die Branche wisse das doch: Wenn man den Tieren mehr Platz biete, werde man automatisch eine Reduktion erleben. Die Reduktion werde kommen. Der Weg, den es jetzt gegeben habe, im mehr Tiere zu halten, der habe die Betriebe auch nicht glücklich gemacht. Den Weg müsse man ermöglichen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das machen Sie nicht!)

– Das mache man wohl. Ihm gehe es darum, was genau man ermöglichen müsse, wo es genau hake. Er sei strikt dagegen, dass man bei Naturschutzgebieten sage, das sei jetzt nicht ganz so wichtig. Diese Debatte wolle er so nicht führen. Wenn es einzelne Probleme baurechtlicher Natur gebe, dann sei es richtig, dass man da gucke, was gehe. Aber wenn man grundsätzlich sage, man müsse der Natur mehr Belastung zumuten, dann hielte er das für völlig falsch.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) erwidert, das sei genau der Punkt. Man müsse die Konflikte benennen, und man müsse Lösungen für die Konflikte finden. Die müsse man partnerschaftlich lösen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, zwischen Emissionsschutz und Landwirtschaft. Man müsse die Konflikte lösen. Im Moment laufe alles gegeneinander. Auf der Strecke bleibe jetzt der einzelne Landwirt, oder auf der Strecke bleibe die Natur, wie Herr Rüße es sage, oder auf der Strecke bleibe der Anwohner XY. Man müsse sich aufmachen und sagen, man müsse diese Konflikte lösen. Man müsse auch einem Landwirt eine Perspektive aufzeigen. Vielleicht habe er aufs falsche Pferd gesetzt, weil er 5.000 Schweine habe und jetzt auch sehe, dass durch ASP und alles andere der Schweinezyklus mit voller Kraft zuschlage. Man müsse gucken, wie man dem helfen könne. Es sei doch jetzt keine Antwort zu sagen, man verbiete alles, das bringe alles nichts, der Landwirt solle den Laden dicht machen. Das könne nicht die Vorstellung sein, dann importiere man hinterher nur noch, unter ganz anderen Bedingungen.

Ihr Thema sei es, die Zielkonflikte ordentlich zu beschreiben – das sei nämlich auch nicht ganz so ganz einfach – und dann zu sagen, man löse sie auf.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Aber nicht einseitig!)

– Das habe sie gerade gesagt, nicht einseitig, wobei sie beim Immissionsschutzrecht einen Übergang vorstellen könne. Man sollte vielleicht mal eine gesonderte Sitzung zum Thema Schweinefleisch anberaumen.

Dr. Ralf Nolten (CDU) legt dar, der Kollege der Uni Rostock habe seinerzeit eine Studie gemacht, was passiere, wenn man irgendwo einen Schweinemaststall oder Hähnchenmaststall baue. Das System Ostendorf habe doch so funktioniert, dass unabhängig vom Viehbesatz in einer bestimmten Region automatisch der Mechanismus abgelaufen sei: Es habe die Bürgerinitiative gegeben, dann habe es eine Liste von Rechts-

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
67. Sitzung (öffentlich)

22.09.2021
sd-yö

anwälten gegeben, die sich eingeschaltet hätten. Er sei ja bei Herrn Rütze bezüglich der Entzerrung. Dann sollte man auch ehrlich bleiben und sagen, dann mache man auch das nicht mehr in der Fläche. Da müsse man sich drauf committen.

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende

Anlage

02.11.2021/04.11.2021

10



Die Biologischen Stationen in Nordrhein-Westfalen

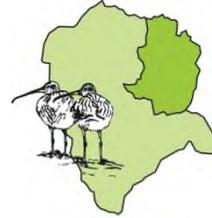
Birgit Beckers, Heidrun Düssel
Dachverband Biologischer Stationen NRW



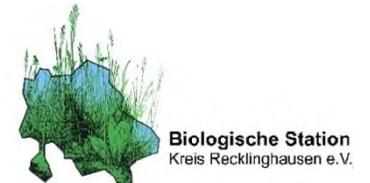
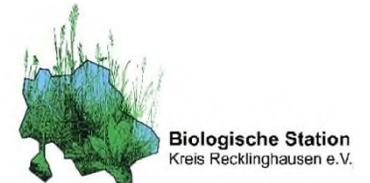
DACHVERBAND
BIOLOGISCHE STATIONEN
NORDRHEIN-WESTFALEN



BIOLOGISCHE STATION
ÖSTLICHES RUHRGEBIET



Biologische Station
Gütersloh / Bielefeld e.V.



NATURSCHUTZSTATION HAUS WILDENRATH



DACHVERBAND
BIOLOGISCHE STATIONEN
NORDRHEIN-WESTFALEN

Suche ...

DACHVERBAND
BIOLOGISCHE STATIONEN
AKTUELLES
SERVICE
KOOPERATIONEN
AKTIV WERDEN
MITGLIEDERBEREICH

BIOLOGISCHE STATION
FINDEN



DACHVERBAND
DER BIOLOGISCHEN STATIONEN
IN NORDRHEIN-WESTFALEN



In Nordrhein-Westfalen leben mehr als 43.000 Tier- und Pflanzenarten. Die Aufgabe der Biologischen Stationen ist es, diese Arten und ihren Lebensraum zu schützen. Heute arbeiten rund 40 Biologische Stationen als gemeinnützig anerkannte Vereine in ganz Nordrhein-Westfalen. Viele – vor allem bedrohte Arten – haben davon schon profitiert.

Die fünf Säulen der FöBS

Schutzgebietsbetreuung

Vertragsnaturschutz

Artenschutz

**Wissenschaftliche und beratende Aufgaben für den
Naturschutz**

Naturschutzbildung - Öffentlichkeitsarbeit

Schutzgebietsbetreuung

Erfassung von Tier- und Pflanzenwelt

Monitoring, Effizienzkontrolle

Zuarbeit zu FFH-Berichten

Vertragsnaturschutz innerhalb von Schutzgebieten

Geeignete Bewirtschaftung etablieren

Beratung der Bewirtschafter

jährliche Abstimmung der Bewirtschaftung anhand der Erfassung bewirtschaftungsrelevanter Arten



Schutzgebietsbetreuung

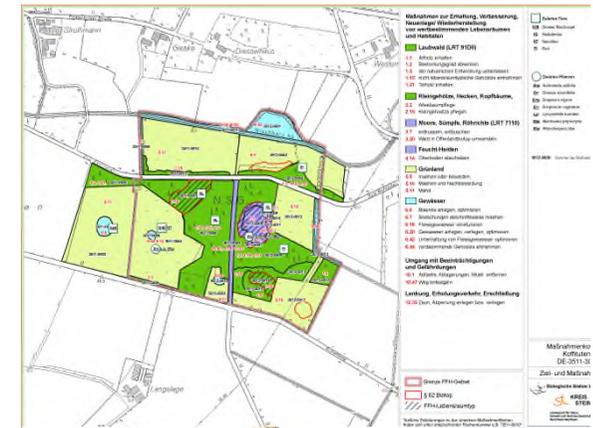
Durchführung kleinere Pflegearbeiten

Planung von Maßnahmen

Erstellung der Maßnahmenkonzepte für FFH-Gebiete und EU-Vogelschutzgebiete im Offenland und Zuarbeit im Wald

Umsetzung von Maßnahmen (einschl. finanzieller Abwicklung, ökolog. Baubegleitung)

Öffentlichkeitsarbeit (Exkursionen, Vorträge, Schaffung und Pflege von Besucherinfrastruktur)



Vertragsnaturschutz

Einwerben von Verträgen

Vertragsverlängerungen

Beratung der Bewirtschafter

Unterstützung der Bewirtschafter bei
der Antragserstellung

Unterstützung der Familienbetriebe

Kooperation mit den
Biodiversitätsberatern der
Landwirtschaftskammer

Fortentwicklung des
Vertragsnaturschutzes und der
Agrarumweltmaßnahmen



DACHVERBAND
BIOLOGISCHE STATIONEN
NORDRHEIN-WESTFALEN



Artenschutz

Erfassung von Fortpflanzungsstätten

Umsetzung von Artenschutzmaßnahmen

Beratung der Eigentümer und
Bewirtschafter

Beratung der Behörden

Öffentlichkeitsarbeit



Wissenschaftliche und beratende Aufgaben

Bestandsaufnahmen

Ermittlung von Gefährdungsursachen

**Beratung von Naturschutzbehörden,
Kommunen**

Beratung von Landwirten

Beratung von Jägern, Anglern, ...

Beratung der Bevölkerung

**Betreuung von Bachelor-, Master- und
Doktorarbeiten**

Betreuung von Praktikanten

Naturschutzbildung - Öffentlichkeitsarbeit

Öffentliche Exkursionen

Angebote für Politik, Verwaltungen, ...

Angebote für Schulen

tlw. Träger von Bildungseinrichtungen

Drittmittel-Projekte

- Jährlich akquirieren die Stationen zwischen 5 und 8 Mio. € Drittmittel (EU, ELER, LEADER, EFRE, Stiftungen, Bund, Sponsoring, Spenden) und tragen somit zur regionalen Wertschöpfung bei
- Die Stationen bilden zusammen mit der NRW-Stiftung eine Kooperation zur Betreuung der Flächen im Nationalen Naturerbe



Nordrhein-Westfalen-Stiftung
Naturschutz, Heimat- und
Kulturpflege



EUROPÄISCHE UNION
Investition in unsere Zukunft
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



LIFE-Projekte



Seit 1997 23 LIFE-Projekte in der Trägerschaft von Biologischen Stationen, in weiteren Projektpartner



Tourismus-Projekte

Förderung des Naturerleben

Schaffung von Besucherinfrastruktur

Ausbildung von zertifizierten Natur-
und Landschaftsführern

Naturkundliche Ausstellungen und
eigene Besucherzentren

Besucherinformation und –lenkung in
Schutzgebieten

Kooperation mit regionalen
Tourismusagenturen zur Schaffung
nachhaltiger Naturerlebnisangeboten

Umsetzung u.a. im Rahmen von Ziel-2 bzw. Erlebnis.nrw-
Projekten, LEADER und regionalen Kooperationen





DACHVERBAND
BIOLOGISCHE STATIONEN
NORDRHEIN-WESTFALEN

Biologischen Stationen als landwirtschaftliche Betriebe



Obstwiesenschutz



Maßnahmen in den Feldlandschaften

Vertragsnaturschutz

Methodenentwicklung und Erprobung

Artenschutz

Monitoring

Regiosaatgut-Projekte



DACHVERBAND
BIOLOGISCHE STATIONEN
NORDRHEIN-WESTFALEN



Anwendung neuer Methoden



Zwischen-
vermehrung



Mahdgut-
übertragung



Drohneneinsatz
bei der
Gelegesuche



Besenderung

Heute sind die Biologischen Stationen ein unverzichtbarer Bestandteil für..

- ...das Monitoring und das Management des gesamten Schutzgebietssystems (2/3 der Schutzgebiete in NRW)
- ...die Erstellung der Bewirtschaftungspläne für Europäische Schutzgebiete (Maßnahmenkonzepte FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete)
- ...die Zuarbeit zum FFH-Bericht (FFH-Arten- und Lebensraummonitoring)
- ..die Umsetzung des landesweiten Vertragsnaturschutzes
- ...die naturschutzgerechte Bewirtschaftung und Pflege der Naturschutzgebiete als Partner der Landwirte
- ... in den Regionen als fest verankerte Ansprechpartner für die breite Bevölkerung in Sachen Natur und Landschaft - mit 2.500 Veranstaltungen oder mit zahlreichen Infozentren mit 125.000 Besuchern und Teilnehmern jährlich und Umweltbildungseinrichtungen

Mitarbeiter

- Innerhalb der FöBS-Finanzierung über 200 Personen
- Rund 200 Stellen finanziert durch Drittmittel
- ca. 100 BFD und FÖJ sind bei den Stationen beschäftigt
- ca. 1500 Ehrenamtliche arbeiten in den Stationen mit

Neue Aufgaben

Insektenschutz

neue Arten (Bsp. Wolf)

Biodiversitätsschutz - Klimaschutz

Umsetzung der neuen GAP - Vertragsverlängerungen

Umsetzung der FFH-Maßnahmenkonzepte

Mittelbeschaffung für Maßnahmen, Ausschreibungen, ...

Rheinisches Revier

Probleme

Kürzung des Naturschutzetats, unzureichende Mittelausstattung

Fehlende Mittel für Maßnahmenumsetzung

Jährliche Förderung der Biologischen Stationen

Fehlende Mittel für Tarifanpassungen

Hoher Verwaltungsaufwand

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit



DACHVERBAND
BIOLOGISCHE STATIONEN
NORDRHEIN-WESTFALEN

